

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 49 vom 7. Dezember 1984

18. Jahrgang

1 DM

Diese Woche

Bundeshaushalt

• ein ausführlicher Bericht über die viertägige Bundestagsdebatte mit Anmerkungen •
Seiten 2/3

IG Bergbau und Energie

• ein ausführlicher Bericht über den Gewerkschaftstag in der letzten Woche •
Seite 4/5

Polizei-computer

• eine Darstellung der „Vernetzung“ der Datensysteme von Polizei und Geheimdiensten •
Seite 6

Strauß und Genscher

Selten sah man die beiden so einig. Gegen jegliche Sonderbesteuerung, und sei es auch nur zum äußeren Schein, wie es die CDU will, für die Reichen.

Im Streit innerhalb der Koalitionsparteien, der sich immer weiter hinzog und immer neue Varianten umfaßte, waren beide strikt gegen irgendeinen Ersatz für die „Zwangsanleihe“. Schließlich war es ja Kohl gewesen, und nicht sie, der eine solche Abgabe im Wahlkampf versprochen hatte.

Die „soziale Badehose“, die Kohl und Co. wollen, brauchen diese beiden mit ihren Parteien nicht. Strauß hat zwar noch die Variante „zusätzliche Entlastung in unteren Bereichen“ in die Debatte gebracht, dazu hat aber wiederum bereits Stoltenberg sein „Nein“ geäußert.

Bezeichnenderweise führte Genscher in der Debatte immer wieder auch die „hohen Beamten“ an, gerade er, der doch sonst immer so sehr gegen „zuviel Staat“ ist... Immerhin brachte er seinen Fraktionsvize Hoppe zu der erstaunlichen Aussage, die FDP sei doch nicht die Partei des Großkapitals.

Mittelstandsförderung

Die „mittelständischen“ Unternehmerverbände sehen sich absolut verunsichert. Von gleich zwei Seiten. Einmal durch die Debatte um einen Ersatz für die „Zwangsanleihe“ in Bonn — damit müsse endlich Schluss sein, ihre Leistung müßte belohnt werden. Und durch eine Untersuchung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, das den Abbau aller Subventionen an den Mittelstand fordert — auf diese üppige „Belohnung“ wollen die Nimmersatten natürlich nicht verzichten. Obwohl die Herren Wissenschaftler ein neues Modell der Mittelstandsförderung parat haben.

Keine Subventionen, dafür aber auch keine all-gemeingültigen Tarifverträge mehr, das ist ihr weiser Vorschlag. Die Subvention soll also künftig direkt aus den Taschen der Arbeiter kommen — sie sollen ihre Chefs für deren Leistung belohnen. Fragt sich nur, wer denn eigentlich die Kieler Wissenschaftler belohnt?

Bundeshaushalt 85 verabschiedet

Umverteilung geht weiter

Das ist das entscheidende Fazit der viertägigen Debatte im Bundestag über den Bundeshaushalt für 1985: Die Umverteilung zugunsten der Reichen dieses Landes geht weiter. Das wird bereits an den veröffentlichten Zahlen für die einzelnen Haushalte deutlich, in der politischen Debatte wurde dies von Abgeordneten der Regierungsparteien nachdrücklich unterstrichen. Die gleichzeitige Debatte innerhalb der Koalition um einen „Ersatz für die Zwangsanleihe“ bekräftigt dies noch mehr.

Tatsache ist, daß der Haushalt für Arbeit und Soziales erneut um 4,4 Prozent abgesenkt wurde, der Rüstungshaushalt um 2,4 Prozent angehoben — wenn man all die zusätzlichen Rüstungsausgaben nicht berücksichtigt, und auch nicht abzieht, was vom Sozialhaushalt alles dem Militär zugute kommt. Der „Kurs der Konsolidierung muß fortgesetzt werden“, auf diese Formel bracht es Finanzminister und Ex-Krupp-Manager Stoltenberg. Ergänzt und flankiert, zum System erhoben wurde der Sozialabbau währenddessen durch eine ganze Serie von Gesetzen, Erlassen und Verordnungen, die nicht einzelne Sozialausgaben kürzen, wie dies im Haushalt direkt geschieht, sondern die den gesetzlichen Anspruch auf viele Rechte mit einem Federstrich zunichte machen soll. Die Operation Schwerbehindertengesetz, die Auseinandersetzungen um eine grundlegende Veränderung des Gesundheitswesens — all dies gehört dazu, dient der Forderung, wie sie erst kürzlich von den Unternehmerverbänden erneuert wurde, nach einer „marktwirtschaftlichen Reorganisation“ des Systems sozialer Sicherung.

Im Zentrum der Debatte stand dabei die Frage der Rentenversicherung, deren offensichtliche Krise auch Minister Blum nur schwer beschönigen

konnte (siehe auch Artikel auf Seite 2 und 3).

Die „Operation 85“ geriet



insgesamt den Regierungsparteien zum bisher leichtesten Schritt auf ihrem Wendekurs. Öffentliche Proteste größeren Ausmaßes fehlten dabei vor al-

lem. Es fehlten aber auch im Parlament echte Alternativen zu dieser Politik. Sowohl SPD als auch die Grünen kritisierten die Politik der Koalitionsregierung zwar an zahlreichen Punkten — unterschiedlich heftig — wobei die Grünen einige gute Vorschläge machten, ein sichtbares geschlossenes Gegenkonzept vermochten beide nicht zu zeigen.

Zwar gelang es dieser Bundesregierung so recht wenig,

Kohl in Washington

Die Abrüstungslüge

Der Kurzbesuch des Bundeskanzlers in der Hauptstadt der USA Ende vergangener Woche, sein Zusammentreffen mit den US-Ministern Shultz und Weinberger und erst recht mit Präsident Ronald Reagan wurde von der Bonner Regierung für eine politische Propagandakampagne genutzt.

Boehnisch, der Pressesprecher der Bundesregierung, betonte, noch nie sei soviel Übereinstimmung zwischen den beiden Regierungen in Bonn und Washington vorhanden gewesen. Und dies demonstrierten Reagan und Kohl denn auch anschließend sofort: Ihr konsequentes Beharren auf der „Nachrüstung“ der NATO habe erst dazu geführt, daß es nun zu neuen Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR komme, der dadurch entfachte Druck habe die UdSSR zurück an den Verhandlungstisch gebracht.

Dies kann nicht anders gewertet werden als eine Spekulation auf das kurze Gedächtnis. Was die Verhandlungsbereitschaft betrifft, so waren es eindeutig die USA unter Reagans Führung, die sich zuerst davon verabschiedet hatten, während die UdSSR noch längere Zeit ihre Bereitschaft äußerte. Und außerdem: Weder Kohl noch Reagan können darüber hinwegtäuschen, daß es, auf der

Höhe der letzten Verhandlungen einfach weniger Atomraketen in Europa gab als heute. Beides Tatsachen, die ihrer gemeinsamen Behauptung direkt widersprechen. Umgekehrt wird — beziehungsweise in diesem Falle, da es sich ja um eine Retourkutsche an die Friedensbewegung handelt — bleibt, ein Schuh daraus: Die weitere Hochrüstung der NATO, das Mitdrehen an der Spirale durch die UdSSR, alles das hat die atomare Bedrohung vergrößert.

Was die kommenden Verhandlungen betrifft, so bleibt eigentlich nur auf den Kommentar einer bürgerlichen Zeitung dieser Tage zu verweisen, die wünschte, daß dies „die ersten Verhandlungen sein mögen, an deren Ende nicht mehr sondern weniger Raketen da sind“ — bisher war es stets andersrum. Positives zu erwarten ist aus diesem Treffen wahrlich nicht. Kohl und Reagan jedenfalls strahlten um die Wette, weil sie sich stark fühlen. Denn die Abrüstung geht pausenlos weiter...

Landesweite Aktionen in Spanien

Hunderttausende gegen die NATO

In allen großen Städten Spaniens, in allen regionalen Zentren, fanden am vergangenen Wochenende Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen gegen die spanische Mitgliedschaft in der NATO statt.

Nach Angaben der Veranstalter waren es rund eine Million Menschen, die sich an diesem Aktionstag, dem zweiten nach der landesweiten Demonstration von Madrid Anfang Juni, beteiligten. Die Losungen waren NATO — Nein, US-Basen raus aus Spanien, Neutralität.

Die Aktionen richteten sich gegen die Politik der sozialdemokratischen Regierung von Felipe Gonzalez. Von ihm fühlen sich die Gegner der NATO in zweifacher Weise betrogen. Einmal hat er sein Wahlversprechen, eine Volksabstimmung zu organisieren, schon längst gebrochen, zögert auch Ersatzlösungen hinaus. Zum zweiten versucht die Regierung alles, um in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, Spanien sei nur im politischen Bereich in die NATO integriert, halte sich aber aus dem militärischen Bereich zurück — die Tatsachen sehen anders aus, nicht nur durch die Existenz der US-Basen, sondern auch durch die Beteiligung spa-

nischer Militärs an allen entsprechenden NATO-Konferenzen und Stäben.

Die Regierung und die PSOE tun ihrerseits alles, um Tatsachen zu schaffen, während sie weiter beteuern, die US-Basen würden abgeschafft oder zumindest reduziert (um dann als NATO-Basen wiederaufzuerstehen). Der „Verteidigungshaushalt“ wurde für dieses Jahr fast um viermal so viel angehoben wie der gesamte Haushalt im Durchschnitt. Die Atomwaffen auf Gibraltar sollen in jedem Falle bleiben — das sind einige der Kernpunkte der Politik der sozialdemokratischen Regierung, und sie sehen allesamt ganz anders aus als vor der Wahl versprochen. Weitere Proteste und Aktionen gegen diese Politik wurden am Mittwoch angekündigt, trotz aller Tricks der Regierung hat diese die Abstimmung — deren Ergebnis nur noch „beratenden Charakter“ haben soll — noch lange nicht gewonnen.

SPD und Grüne in Hessen

Ein klares Jein

Die Landesversammlung der Grünen am ersten Dezemberwochenende in Lich hat für die weitere Zusammenarbeit beider Parteien Bedingungen gestellt. Damit hat sie, das wurde in manchem folgenden Kommentar kaum gewürdigt, das Vorgehen der Landtagsfraktion keineswegs nachvollzogen.

Ob dieser Beschluß aus dem Grund fiel, der SPD den „schwarzen Peter“ für einen Bruch der — faktischen — Koalition zuzuschreiben oder aus der Absicht heraus, die Zusammenarbeit fortzusetzen, sei einmal dahingestellt, beides mag da eine Rolle gespielt haben. Holger Börner hat in den folgenden Tagen aber bereits seine Trümpfe ausgespielt: Keine Verschiebung der Haushaltsdebatte, keine „Nachverhandlungen“, Behar-

ren auf dem einmal geschlossenen Abkommen, Verweis auf die Bonner Befugnis in der Sache der beiden Hanauer Atomfabriken. Offensichtlich schenken sich die beiden taktischen Ausgangspositionen da nicht so viel.

Im Zugzwang erscheinen dabei mehr und mehr die Grünen, die außer ihrer gegenwärtigen parlamentarischen Position nicht sehr viel in diese Auseinandersetzung einzubringen hat-

ten. Zu einer Absage mochten sie sich auf dieser Grundlage nicht durchringen, deshalb das klare „Jein“ der Landesmitgliederversammlung.

Im Zuge dieser Auseinandersetzungen wittern jetzt CDU und FDP in Hessen „Morgenluft“. Sie beschwören das „rot-grüne Chaos“ und preisen sich als zuverlässige Alternative.

Börner hat bereits unterstrichen, daß es ihm nichts ausmachen würde, bis nach den hessischen Kommunalwahlen im kommenden März wiederum nur geschäftsführend zu regieren, daß er also nicht auf die Grünen angewiesen sei. Offensichtlich kalkuliert er mit der zunehmenden Parlamentarisierung der Grünen — und diese Rechnung, das hat die Landesmitgliederversammlung gezeigt, kann durchaus aufgehen.

Bundestagsdebatte um Haushalt 85

Krise in der Rentenversicherung

Vier Tage lang debattierte in der letzten Woche der Deutsche Bundestag den Entwurf des Bundeshaushalts, wie er aus den Absprachen der Koalitionsparteien und den Beratungen der Bundestagsausschüsse hervorgegangen war. Dabei wurde deutlich, daß diese Plenardebatte einmal mehr nur fürs Schaufenster war, daß alle Entscheidungen längst vorher gefallen waren — das Ergebnis der Debatte, die Abstimmung am

Freitagabend zeigte dies in aller Klarheit, wie schon vorher der Verlauf der Diskussion. Die Abgeordneten der Regierungsparteien verteidigten die Politik der Regierung mit einigen wenigen Grundargumenten, die Sozialdemokraten übten ihre Art von Teilkritik, die Redner der Grünen wurden an einigen Punkten grundsätzlich.

Der erste Tag: Das Muster

Am Dienstag, dem ersten Tag der Debatte, stand unter anderem der Einzelhaushalt des Bundeskanzlers auf der Tagesordnung. Dabei kam es zur erwarteten Generaldebatte über die Kohlsche Politik.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Jochen Vogel eröffnete die Debatte mit einer Rede, die ausgesprochen typisch war für die Art von Oppositionspolitik, wie sie die Bundestagsfraktion der SPD betreibt. Unter Kohls Regierung, so der erste zentrale Vorwurf, „hat die Bundesrepublik nach außen an Gewicht verloren“, nach innen seien eine unsoziale Sparpolitik und eine wachsende Handlungsunfähigkeit der Regierung festzuhalten. Damit setzte er den Rahmen, an den sich — mehr oder minder — alle Redner der SPD-Fraktion hielten. Es ist eine Art der Kritik, die darauf abzielt, die eigene Partei als fähiger, entschlossener, besser für die laufenden Regierungsgeschäfte zu empfehlen. Eine Kritik, die trotz heftiger Attacken an einzelnen Punkten eine generelle Kritik, eine grundsätzliche Alternative bewußt vermeidet.

Diese Haltung der SPD-Fraktion wurde am Dienstag noch viel klarer, als es um die Diskussion des sogenannten Verteidigungshaushaltes ging. Die SPD-Abgeordnete Traupe brachte den Vorschlag ihrer Fraktion ein, bei diesem Haushalt 1,6 Milliarden DM zu streichen. Nun kann man sicher, vom Standpunkt der Gegnerschaft zum Aufrüstungskurs der Bundesregierung, keinen Kürzungsvorschlag ablehnen. Aber die Begründung dieses Antrages zeigt, daß er keinesfalls aus Gründen einer grundsätzlichen Abwendung von der Aufrüstungspolitik gestellt wurde. „Dies ist in diesem Jahr ohne Schaden für die Bundeswehr möglich“, sagte die Abgeordnete zur Begründung. Bleibt die Frage: Im nächsten Jahr nicht? Und, vor allem: Von welchem Schaden ist da die Rede? Ebenso deutlich wurde die Haltung der SPD-Fraktion im Beitrag ihres Wehrexperthen Erwin Horn, der den Vorschlag seines Fraktionskollegen von Bülow (der ja auch schon, versehen mit zahlreichen Varianten, keineswegs „rundum zu begrüßen war“), die sogenann-

te „Friedensstärke“ der Bundeswehr auf 300.000 Mann zu begrenzen, ablehnte, und stattdessen Vorschläge zur weiteren Kaderung der Armee, zu ihrer besseren Wirksamkeit also machte.

Angesichts dieser Art von Kritik war es für die Vertreter der drei Regierungsparteien verhältnismäßig einfach, auf breiter Front in die Offensive zu gehen. Nur die Grünen — und auch die ohne besonderen Nachdruck — sprachen die Verbindung Kohls zu Flick und Co am ersten Tag der Debatte an. Auch ihre Beiträge waren

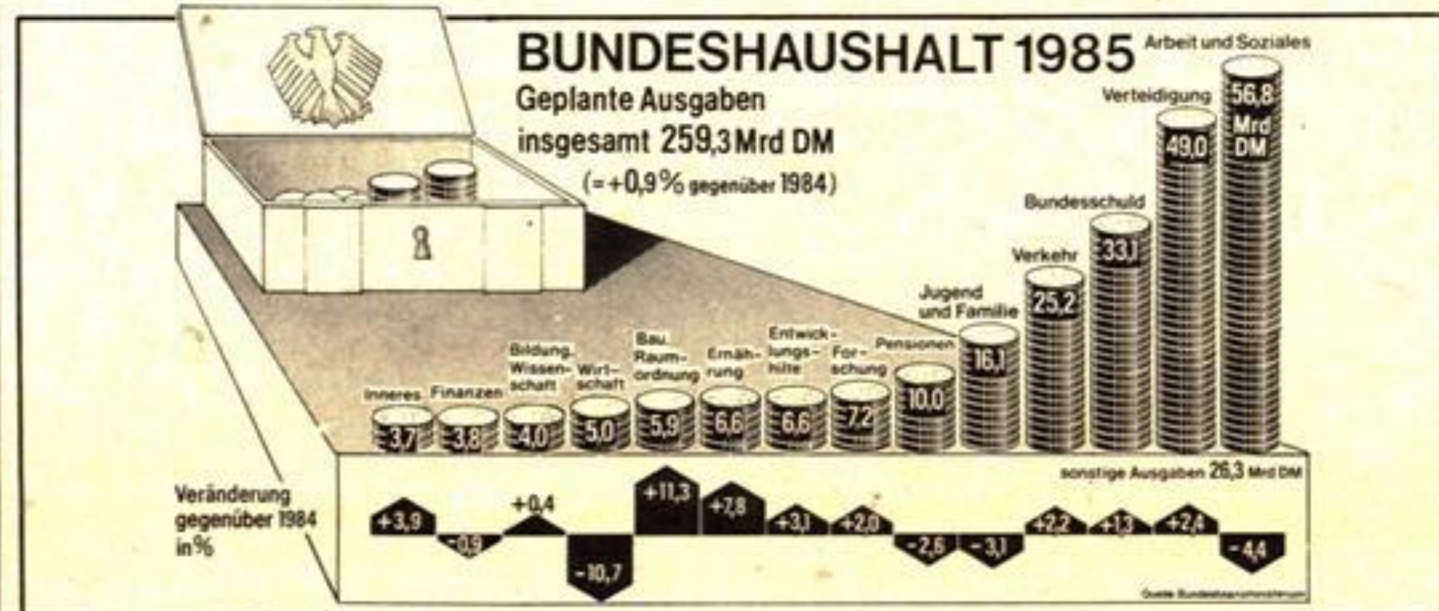
Renten. Dies war das zweite Argument, das immer wieder bei Rednern von CDU/CSU auftauchte.

Drittens: Bei der Kritik der Opposition im Bundestag handelte es sich nicht um sachliche Auseinandersetzung, sondern um eine „sozialistische Verleumdungskampagne“.

Auch die zweite große Rede der CDU an diesem ersten Tag, die des Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger, hatte diese Punkte zum Hauptinhalt. Er ergänzte sie in seinem Beitrag durch das Zugeständnis „natürlich“ habe es hier und da

stimmt, aber dennoch kein Argument ist gegen die Feststellung der schwierigen Lage dieser Kassen.

Seine Verteidigung des Kredits verband Blüm mit einem Generalangriff auf die Rentenversicherung. Er hob hervor, daß von den gesamten Sozialausgaben und -abgaben in der BRD, die 1983 die Summe von 537 Milliarden DM erreicht hätten, bereits 209 Milliarden oder 39 Prozent für Renten aufgewandt würden, dagegen nur 67 Milliarden oder 12 Prozent für die Familienpolitik. Außerdem erneuerte er sein Argu-



nicht in der Lage, die Vertreter der Regierung ernsthaft zu attackieren.

So konnte dann Helmut Kohl in der Tat als großer Vordenker seiner Koalition auftreten, und den Rahmen für die Verteidigungsreden des Etats abzustecken.

Drei Argumente waren es, die in Kohls Rede — und in den nachfolgenden Beiträgen seiner Parteifreunde und Koalitionspartner — die zentrale Rolle spielten.

Die jetzige Bundesregierung sei „außergewöhnlich erfolgreich“ — diese Gesamtbewertung seiner Regierungsarbeit machte er vor allem am angeblichen Aufschwung der Wirtschaft und an der Konsolidierung der Staatsfinanzen fest.

Diese Entwicklung, die zur Beseitigung der Teuerung geführt habe, sei eben durch stabile Preise auch die beste denkbare Sozialpolitik. Durch den Rückgang der Teuerung von 5 Prozent auf rund 2 Prozent seien 50 Milliarden Mark an Vermögen erhalten worden, davon rund 20 Milliarden an Kaufkraft bei Löhnen und

erhebliche Härtefälle gegeben, aber das werde man in den Griff bekommen. Er führte außerdem die altbekannte Variante ein, 1969 sei noch alles in Ordnung gewesen, seine Partei und die Regierungskoalition seien noch dabei „den Schutt“ wegzuräumen, den die SPD hinterlassen habe.

Erneut setzte der Hauptredner der FDP, der Abgeordnete Hoppe, andere Schwerpunkte als die CDU/CSU. Er wandte sich nicht nur gegen jede Form einer Ergänzungsabgabe oder ähnliche Maßnahmen. Er unterstrich — was verschiedene Sprecher seiner Partei aufnahmen —, daß die Reichen ihr Sonderopfer schon viel zu lange in Form der hohen Steuerprogression gebracht hätten, das müsse endlich aufhören.

Der zweite Tag: Rentenschlacht

Hauptdebattenpunkte des zweiten Tages waren die Einzelhaushalte des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm und des Familienministeriums Heiner Geißlers. Es war der Tag der „Rentenschlacht“, die eindeutig im Zentrum der Debatte stand.

Dabei wurde von verschiedenen Rednern der Opposition die Tatsache kritisiert, daß erstmals in der Geschichte der BRD die Rentenkassen kurzfristig einen Kredit aufnehmen mußten, um zahlungsfähig zu bleiben. Diese eindeutige Erscheinung einer krisenhaften Entwicklung im Rentenbereich suchte Blüm mit allen Mitteln herunterzuspielen. Es handele sich dabei ja nur um einen Kredit für ein paar Tage — was

ment, über 50 Prozent der Bezieher von Kleinstrenten wohnen in Haushalten mit über 2000 DM Monatseinkommen. Zusammen betrachtet stellen diese beiden Argumente in der Tat einen Generalangriff auf die Rentenversicherung dar. Zum einen wendet sich Blüm damit frontal gegen die Forderung, die Rente müsse dem alten Menschen als Person sein Auskommen sichern — Blüm zufolge soll Abhängigkeit von anderen Normalzustand im Alter sein, anders ist sein Verweis auf die gesamten Haushaltsbezüge der Kleinrentner nicht zu verstehen. Zum anderen zeigt er Flagge und fordert, die Alterssicherung — faktisch, denn eine andere Alternative weist er nicht — zugunsten der Familienförderung zu reduzieren.

Sprecher der SPD kritisierten neben dem Kredit vor allem die verschiedenen Maßnahmen Blüms zur Umverteilung der Beiträge zwischen Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung. Dies, so wurde — zu Recht — hervorgehoben, mache die Renten abhängig von der Entwicklung auf dem „Arbeitsmarkt“.

Von besonderer Bedeutung waren dabei die Ausführungen von Anke Fuchs, einst Staatssekretärin im Arbeitsministerium Ehrenbergs, vorher Funktionärin der IG Metall. „Auch die SPD weiß, daß der Sozialstaat der großen Wachstumsraten vorerst passé ist“, war ihre zentrale Aussage. Also: Soziale Reformen nur in Zeiten der kapitalistischen Hochkonjunktur, in der Zeit der kapitalistischen Krise, gerade dann, wenn Armut sich ausbreitet, geht nichts mehr. Mit dieser hier erneuerten Grundauffassung

der sozialdemokratischen Parteiführung, die auch der SPD-Wirtschaftsexperte Roth bereits verschiedentlich vertreten hatte, befindet sie sich nicht nur im Gegensatz zu den Hoffnungen zahlreicher eigener Parteimitglieder und Wähler, sondern auch im Gegensatz zu dem, was nach der sozialdemokratischen Theorie — die Frau Fuchs selbst in Büchern verbreitet hatte — nötig ist, nämlich die soziale Sicherung als Grundlage der Wahrnehmung politischer Rechte. Umgekehrt befindet sich Anke Fuchs, befindet sich die Fraktion der SPD — aus der keine Gegenstimmen zu hören waren — damit im Grundsatz durchaus auf einer Linie mit der Politik der konservativen Regierung, die ja ebenfalls die Sozialausgaben der kapitalistischen Konjunktur unterordnet.

Die FDP-Abgeordnete Seiler-Albring, einzige ihrer Fraktion, die zu sozialen Fragen normaler Menschen sprach, rechnete denn auch konsequenterweise der SPD vor, sie habe ja bereits seit 1975 insgesamt 81 verschiedene Sozialleistungen gestrichen oder gekürzt, was einem Einkommensverlust der betroffenen Schichten von insgesamt 94 Milliarden Mark ausmache.

Dritter und vierter Tag: Programmatik

Bei den Diskussionen am Donnerstag und Freitag, die sich vor allem mit den Einzelhaushalten des Finanz- und Wirtschaftsministeriums sowie des Verkehrsministeriums und mit dem Gesamthaushalt befaßten, wurden die an den beiden ersten Tagen vertretenen Positionen erneuert und auch als gültig für die kommende Politik unterstrichen.

Stoltenberg unterstrich vor allem — teilweise im Gegensatz zu früheren Äußerungen Blüms — daß die „Konsolidierung des Staatshaushalts“ keineswegs beendet sei, sondern unbedingt fortgesetzt werden müsse. Er griff dabei Kohls Argumentation auf, bei der Arbeitslosigkeit handele es sich um wesentlichen um branchenspezifische und regionale Probleme, die mit Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverträgen wesentlich zu mildern seien. Demgegenüber wies Hans Apel für die SPD darauf hin, die CDU habe mit der Rückzahlung der Anleihe für Besserverdienende nicht nur ein weiteres Wahlversprechen gebrochen, sondern auch ihr „notdürftiges soziales Badegeschöpf“ verloren. Stattdessen habe sie die Vermögenssteuer gesenkt und so erneut gezeigt, wie sie umverteilen wolle.

Die Grünen machten durch ihren Abgeordneten Kriszan bei dieser Debatte einen ihrer — recht wenigen — konkreten Alternativvorschläge und forderten die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Unternehmern und Großverdiener um 5 Prozent — was von den anderen Parteien einhellig abgelehnt wurde.

Gerade gegen den Antrag der Grünen vertraten die Abgeordneten der verschiedenen Regierungsparteien erneut ihre programmatischen Absichten. Ein solch „leistungsfeindliches“ Ansinnen wie dieser Grünen-Antrag sei mit ihnen niemals zu machen, denn es gelte die Wirtschaftskraft, und das heiße eben die Dynamik der Unternehmer zu stärken und dies sei nur bei leistungsfördernder Steuerpolitik möglich.

Entsprechend dieser Konfrontation wurde dann auch der Gesamthaushalt mit den Stimm-

men aller anwesenden Abgeordneten der Koalitionsparteien verabschiedet. Er sieht, wie bereits verschiedentlich geschrieben, Gesamtausgaben von 259,3 Milliarden DM vor. Dem stehen geplante Steuereinnahmen von 207,7 Milliarden DM gegenüber, von denen alleine die Lohnsteuer über 110 Milliarden DM, also weit über 50 Prozent betragen soll. Der Form nach bleibt der Etat für Arbeit und Soziales mit 56,8 Milliarden, trotz der Senkung der größte Einzelhaushalt (wobei auch hier verschiedene Militärausgaben wie beispielsweise die Renten für die Berufsoffiziere in Milliardenhöhe enthalten sind) vor dem Teil der Militärausgaben, die öffentlich zugegeben werden, die im Ausschuß auf 49 Milliarden um 300 Millionen gekürzt worden waren. Drittgrößter Haushalt der Ministerien ist der für Verkehr, der 25,7 Milliarden betragen soll und eine wesentliche Steigerung im Straßenbau vorsieht — was die Grünen zu dem Vorwurf berechtigte, Minister Dollinger wälte seines Amtes als Vertreter der Automobilindustrie.

Randerscheinungen

Einige durchaus wichtige einzelne Diskussionen spielten im Verlauf dieser viertägigen Bundestagsdebatte eher eine Rolle am Rande, kamen nicht ins Zentrum der Auseinandersetzungen — was nichts mit ihrer Wichtigkeit an sich zu tun hat, sondern im Verlauf der Debatte begründet liegt.

So gab es keine größere Debatte mehr um Verkehrsminister Dollingers Absage an die verstärkten Bemühungen, den öffentlichen Personen-Nahverkehr zu fördern, die er bei seiner Antwort auf die Kritik der Grünen bekundete.

Keine größeren Reaktionen auf irgendeiner Seite rief auch der Vorschlag des SPD-Abgeordneten Jens hervor, es sei höchste Zeit, die konzertierte Aktion wieder zu beleben. Welche Absichten er damit verfolgen wolle, konnte er nicht weiter ausführen — oder wollte es nicht.

Nur am Rande dabattiert wurde auch der — von den Regierungsparteien angenommene — Vorschlag des CSU-Abgeordneten Kurt Rosmanith, aus dem Etat des Familienministeriums Gelder für die Betreuung sogenannter Aussiedler nicht nur an die Wohlfahrtsverbände, sondern künftig auch an die „Vertriebenenverbände“ zu bezahlen. Auch wenn es sich dabei „nur“ um eine Summe von insgesamt 17 Millionen DM handelt, die da neu aufgeteilt werden soll, so stellt dieser Beschluß doch eine eindeutige politische Aufwertung dieser Verbände dar — ihr Verbandsfunktionär Rosmanith hat also erfolgreich in ihrem Sinne gearbeitet.

Noch nicht entschieden, aber in der Tendenz von der Mehrheit begrüßt, wurde auch der Vorschlag des CSU-Abgeordneten Rose, den Beitrag der BRD an die UNESCO mit der Bedingung zu verknüpfen, diese UNO-Einrichtung dürfe dann „keine Propaganda mehr gegen uns“ machen — ansonsten werde man es den USA und Großbritannien nachmachen und aus der UNESCO austreten.

„Randerscheinungen“ der Bundestagsdebatte, die aber doch zeigen, daß mit dem Haushalt generell Politik betrieben wird und, vor allem, in welche Richtung die Koalitionsparteien auch etwa in der Außenpolitik im Rahmen der Etatdebatte „Pflöcke setzen“.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postcheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eintreffen.

Stichworte zur Haushaltsdebatte (I)

„Flick“

Des Kanzlers Wunsch ging nahezu in Erfüllung: Kohl hatte gewollt, daß die Bundestagsdebatte über den Haushalt ohne das Thema „Flick“ stattfinden sollte. Außer in den Ausführungen des Grünen-Abgeordneten Verhagen wurde es dann auch höchstens am Rande erwähnt.

Wobei es in der Tat Gelegenheit genug gegeben hätte, immer wieder auf diesen Sachverhalt zurückzukommen, daß diese Regierungsparteien Politik im Interesse ihrer „Großspender“ machen. In jedem einzelnen der verschiedenen Haushalte der Ministerien wie auch und erst recht im Gesamthaushalt wäre dies nachzuweisen gewesen.

Es geschah in Wirklichkeit noch nicht einmal bei der Diskussion um die Steuer-senkung, vor allem etwa bei der Senkung der Vermögenssteuer.

Das Thema tauchte nochmals auf als — wiederum von den Grünen — Minister Dollinger angegriffen wurde für seine Politik im Interesse der bundesdeutschen Automobilkonzerne.

Aber von einer systematischen Enthüllung solcher Tatsachen im Parlament kann keine Rede sein, vor allem die SPD-Redner hielten sich eindeutig zurück.

Stichworte zur Haushaltsdebatte (II)

„Preisstabilität“

Die erreichte Preisstabilität sei die beste Art der Sozialpolitik — dieses Argument wurde von den Rednern der Parteien der Regierungskoalition in allen Varianten und immer wieder ins Zentrum ihrer Versuche gestellt, die Kritik, ihre Politik sei unsocial, zu widerlegen.

Bei einer Teuerungsrate von rund 2 Prozent im letzten Jahr ist es an sich selbstverständlich schon eher fraglich, von Preisstabilität zu reden — aber es geht ja um die kapitalistischen Verhältnisse und um den Vergleich zu den Vorjahren.

Wobei die Behauptung der Unionsabgeordneten, dadurch würden sich die „einfachen Leute“ besser stellen, beispielsweise in bezug auf die Rentner einfach gelogen ist. Bestenfalls wurde durch weniger hohe Teuerung ihr weiterer Einkommensverlust etwas abgemindert.

Und in der ganzen Zeit, da sie sich mit Milliarden brüsteten, die sie angeblich Rentnern und Lohnempfängern gesichert hätten, versuchten sie eine Gesamtbilanz zu verhindern, die eindeutig gegen ihre Aussagen sprechen würde.

Stichworte zur Haushaltsdebatte (III)

„Erfolg“

Ungewöhnlich erfolgreich sei die Arbeit dieser Regierung — in dieses Horn stießen Kohl und Stoltenberg am lautesten.

Die Kritik an ihrer Politik sei nicht sachlich, sondern sei eine „sozialistische“ Kampagne, nahm Kohl sich und seine Minister in Schutz.

In der Tat: Ungewöhnlich erfolgreich war die Arbeit dieser Regierung. Aber nur für die eine Seite dieser

Gesellschaft. Wer gerade in diesen Tagen die Geschäftsberichte zur Kenntnis nimmt, die zum Abschluß per September oder Oktober veröffentlicht werden, wird dies nachdrücklich bestätigt finden.

Mit der Arbeitslosigkeit, so lautet ihre — denn doch meist etwas verlegen vorge-tragene — These, da werde sich irgendwann in der Zukunft schon etwas bewegen, man brauche sie nur weitermachen zu lassen. Kohl gab auch hier die Richtung weiterer solcher Erfolge an: Man muß nur für möglichst miserable Arbeitsbedingungen sorgen, dann werden die Unternehmer schon einstellen ...

Stichworte zur Haushaltsdebatte (IV)

„Renten“

Renten — das war das sicherlich am ausführlichsten debattierte Problem dieser Bundestagsdebatte. Und diese Debatte setzt sich weiterhin, auch nach Verabschiedung des Haushalts fort. Bei allem Hin und Her, das dabei entstand: Niemand konnte darüber hinwegtäuschen — auch Blüm nicht, der sich sehr bemühte — daß das Problem der Rentensicherung nur ein anderer Aspekt der Arbeitslosigkeit ist. Und da die Regierung sich hier stramm weigerte, eine Änderung ihrer Politik herbeizuführen, steuert sie auch den Kurs, der Rentenversicherung weiterhin Probleme zu schaffen. Blüms Tiraden konnten nichts daran ändern, daß das Faktum, daß erstmals ein Kredit aufgenommen werden mußte um die Finanzierung zu gewährleisten, ein geschichtlicher Einschnitt in der Entwicklung der sozialen Versicherungssysteme darstellt.

Wegen dieses Zusammenhangs von Renten und Arbeitslosigkeit vor allem trifft natürlich auch die Kritik, daß gerade Blüm und diese Regierung besondere Verantwortung für die kritische Lage der Rentenfinanzen trifft, zu. (Im nächsten RM werden wir ausführlich darauf eingehen).

Stichworte zur Haushaltsdebatte (V)

„Innerdeutsch“

Im Rahmen der Haushaltsdebatte erneuerte die Fraktion der Grünen ihre Forderung nach der Auflösung und ersatzlosen Streichung des sogenannten innerdeutschen Ministeriums.

Eine Forderung, der wirklich nur zugestimmt werden kann. Für die Existenz eines solchen Ministeriums gibt es keine Grund. Außer: die revanchistischen Bestrebungen der westdeutschen Reaktion.

Zu einer großen Debatte um diese Forderung kam es nicht — die SPD griff den Vorschlag nicht auf (sie hatte ja nun auch dieses Ministerium selbst lange genug besetzt), die Unionsparteien und die FDP waren ohnehin dagegen.

Stattdessen wurde beschlossen, den Vertriebenenverbänden einen aufgewerteten politischen Status zuzuerkennen, indem sie die Betreuung von „Aussiedlern“ übernehmen dürfen und dafür weiteres Geld kassieren.

Untersuchungsausschuß in Mainz

Wird auch Kohl vorgeladen?

Mittwoch dieser Woche nahm ein Untersuchungsausschuß des Landtages von Rheinland-Pfalz seine Arbeit auf. Sein Thema: Die Finanzierung der Parteien durch Spendenbetrug.

Es ist nicht zufällig, daß gerade in diesem Bundesland ein weiterer Untersuchungsausschuß nach dem des Bundestages eingerichtet werden muß. Rheinland-Pfalz: Nirgendwo waren so wie dort die dubiosen Vereinigungen und Gesellschaften konzentriert, die das Geld der Konzerne wuschen und an die Parteien weiterleiteten. Mehrere der allerwichtigsten Beschaffungsunternehmen hatten zwar ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen (wie etwa die „Staatsbürgerliche Vereinigung“ in Köln), waren aber von den rheinland-pfälzischen Finanzämtern veranlagt. Warum diese Betrügereien gerade in diesem Bundesland so stark konzentriert waren — das hat mit der Landesregierung zu tun, mit Kohl und seinem Freund und früheren Finanzminister des Landes Johann Gaddum (heute Bundesratsminister des Landes in Bonn).

Bereits vor einigen Wochen hatte die „Zeit“ in einer ausführlichen Dokumentation



nachgewiesen, daß Gaddum — zu eben jener Zeit, als Kohl Ministerpräsident war — systematisch dafür sorgte, daß allzu

neugierige Finanzbeamte nicht zum Zuge kamen. Darauf hin hatten sich verschiedene, namentlich erwähnte CDU-Lan-

wurde — der als Geschäftsführer des „Europa-Haus“ in die eigene Tasche gewirtschaftet hatte.

In den Jahren danach habe Kanter seine „Spezial“ (Geld-)briefe vornehmlich solchen Politikern aus Rheinland-Pfalz zukommen lassen, die zum engen Kreis um Helmut Kohl gehörten.

Brandt erneut vor dem Ausschuß

„Schon möglich ...“

Bei seiner zweiten Befragung vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages in Sachen Steuerbefreiung für Flick sagt der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, daß es durchaus möglich sei, daß unter den Geldern, die der frühere Schatzmeister Alfred Nau abgerechnet habe, auch Gelder von Flick gewesen seien.

Im übrigen blieb aber auch Willy Brandt dabei, er habe nichts gewußt. Weder über den Gang der Sache „Steuerbefreiung“ noch über die Tätigkeit des Journalisten Markschaffel, der bei Parteivorstandssitzungen im Flickschen Auftrag anwesend war — gegen Honorar.

Auch der an diesem Tag ebenfalls vorgeladene Bertelsmann-Sozialdemokrat, Exminister Lahnstein, hatte nichts mit der Sache zu tun. Er erinnerte sich nur an Kanzler Schmidts Verlangen, weitere Anträge Flicks auf Steuerbefreiung erst nach den Bundestagswahlen 80 zu behandeln. Daß 35 000 Mark zur selben Zeit da sie bei Blick „wg Lahnstein“ verbucht wurden auf seinem Privatkonto auftauchten, das hatte er bereits der Staatsanwaltschaft so „ein-

leuchtend“ erklärt (mit einer Umbuchung von einem anderen Privatkonto ...), daß sie auf weitere Ermittlungen verzichtet hatte. So sprach er aus vollster Überzeugung, daß er die Steuerbefreiung von jeher für richtig gehalten hatte.

Deutlich wurde jedenfalls mit dieser Befragung am vergangenen Donnerstag, daß die führenden Sozialdemokraten in keinsten Weise wirkliches Interesse an der Aufdeckung der Geldzuwendungen von Konzernen (und eben insbesondere von Flick) an die Bonner Parteien haben. So, wie Kohl geschont wird in der Kritik, so beteiligt man sich bei allem, was die eigene Partei betrifft, an jener Mauertaktik, mit der bisher trotz aller Schwierigkeiten die CDU-Führung durchgekommen ist.

despolitiker zwar ausgesprochen „empört“ gezeigt, ohne aber die Vorwürfe entkräften zu können. Dies führte zur Bildung dieses Untersuchungsausschusses.

Jetzt, in der Woche, wo er seine Arbeit aufnehmen soll, hat der „Spiegel“ einen ausführlichen Artikel veröffentlicht, der zeigt, daß auch der damalige „Landesvater“ und heutige Bundeskanzler in solche dubiose Geschäftemacherei direkt verwickelt war.

Kohl soll, so berichtet der „Spiegel“, auf Bitten des Herrn von Brauchitsch dafür gesorgt haben, daß ein untersuchender Staatsanwalt von seiner Aufgabe entbunden wurde. Jener Staatsanwalt ermittelte gegen den Herrn Adolf Kanter — derselbe Mann, der wenig später Leiter des Bonner Flick-Büros

Vor dem Bonner Untersuchungsausschuß hatte Kohl — auf eben diesen Fall angesprochen — natürlich wieder einmal alles vergessen. Was wenig wahrscheinlich ist, denn die veröffentlichten Aktenauszüge zeigen, daß von Brauchitsch verschiedentlich in dieser Sache Kanter bei Kohl vorstellig geworden, ihn brieflich aufforderte „die Kuh vom Eis“ zu bringen.

Unternehmen hat natürlich niemand etwas — nur mußte der Staatsanwalt Abbott seinen Auftrag nach viereinhalb Jahren Arbeit plötzlich abgeben. Auf Verlangen von oben. Er protestierte dagegen, was aber nichts nutzte. Seine Behörde weiß — wen wundert's — natürlich auch von nichts. Man solle bei Abbott nachfragen, wurde dem „Spiegel“ gesagt. Und der liegt auf dem Friedhof ...

Von den Grünen geladene Besuchergruppe:

Hausverbot im Bundestag

Am Wochenende veröffentlichte der Abgeordnete der Grünen, Jürgen Reents, eine Erklärung zu einem Vorfall mit einer Gruppe jugendlicher Besucher im innerdeutschen Ministerium, die zu wilden Tiraden von Seiten der CDU und zu einem zeitweiligen Verbot, den Bundestag zu betreten, geführt hatte. (Das Verbot wurde erst aufgrund Reents Eingreifen aufgehoben.)

Bei dem Besuch einer Hamburger Gruppe, die auf Einladung von Reents nach Bonn gekommen war, ging im innerdeutschen Ministerium ein Bild des Bundespräsidenten zu Bruch und ein Besuchersessel wurde beschädigt.

Auf den Vorwurf des Ministeriums, es sei ein Sachschaden von 2000 Mark entstanden, weist Reents auf seine Bereitschaft hin, für diesen Preis ein neues Foto zu machen und es selbst zu rahmen. Und er zieht den Vergleich mit Reparaturkosten im noblen Hamburger Kongress-Centrum, verweist auf Flüge von CDU-Kegelclubs.

Politisch entscheidend sind dabei solche Äußerungen wie die des stellvertretenden CDU-Sprechers Brückmann, solcher Pöbel müsse in die Schranken gewiesen werden. Was Herr Jenninger, einst als Abreißer von Staack-Postern bekannt geworden, ja denn auch mit Hausverbot für die Gruppe andeutete.

Daß es Leuten wie Jenninger und Brückmann nicht auf die vielbeschworene Diskussion mit „Andersdenkenden“ oder auf irgendeinen „Jugenddialog“ an-

kommt, das ist längst bekannt. Wenn geredet wird, dann nur mit eigenen, handverlesenen Anhängern — der tolle Kanzler forderte dies einst vom Fernsehen, heute wird ihm dieser Wunsch erfüllt.

Daß solche Leute dann aber stets sofort das Wort Pöbel und Drohungen benutzen, das zeigt den Charakter dieser Schmiergeldpolitiker denn doch ziemlich deutlich. Wenn da ein paar Jugendliche ankommen, aufmüßig gar, dann wittern sie eben allzu schnell die Gefahr, daß ihre Fassade angekratzt wird, dann werden sie rabiat, dann reden sie Tacheles und ihre wahren Meinungen werden erkennbar.

Mann sollte nicht nur einmal die Probe aufs Exempel machen und ein Hausverbot für Flick und Co. im Bundestag verlangen (und das heißt auch für ihre diversen „Verbindungsbüros“). Man sollte den CDU-Herren auch deutlich machen, daß sie es nicht sind, die über andere zu befinden haben. Der intensivere Kontakt des Bundestages mit solchen Jugendlichen kann in der Tat nicht schaden ...

Plakat und Kleber der KPD zu Flick und Kohl. Zu bestellen über den Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526; Preis der Kleber: Stück 50 Pfennig; 10 Stück 3,00 DM, 50 Stück 12,50 DM und 100 Stück 20,00 DM (jeweils zuzüglich Porto)



Umsetzung der 38-Stunden-Woche

Stahlunternehmer versuchen erfolgreich zu spalten!

Diesen Eindruck hinterlassen die ersten z. Z. vorliegenden Betriebsvereinbarungen, die bei Thyssen, Krupp und Mannesmann zur 38-Stunden-Woche ab dem 1.1.1985 abgeschlossen wurden.

Wie sieht es im einzelnen aus?

1. 13 Tage im Jahr gibt es in allen Vereinbarungen nur die Contischichtler, so auch in der Dienstleistungsvereinbarung bei Hoesch in Dortmund.

2. Die anderen Kolleginnen und Kollegen erhalten im Höchstfall 12 Tage — aber auch da wird weiter unterschieden und gespalten:

• Thyssen:

Hier erhalten die Dreifachschichtler je Monat einen Tag.

Zwei- und Einfachschieftler ebenfalls einen Tag. Eine Bündelung bei Stillstand ist möglich, also wenn's Thyssen paßt!

In den Bereichen mit Arbeitsanfang nach 7.00 Uhr gibt es sechs freie Tage im Jahr, die aber nur von Oktober bis März genommen werden dürfen, sowie wöchentlich eine Stunde weniger Arbeitszeit.

• Krupp:

Wie bei Thyssen für die Dreifachschichtler 12 Tage, je Monat mindestens einer zu nehmen.

Zwei- und Einfachschieftler, die an fest zu besetzenden Aggregaten arbeiten bzw. abgelöst werden, erhalten ebenfalls 12 Tage, einer pro Monat.

Die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltungen sowie die mit normaler Tagesarbeitszeit und die in ein- und zweischichtiger Arbeitsweise arbeiten und

nicht abgelöst werden — also viele Werkstätten — arbeiten einen Tag in der Woche zwei Stunden weniger.

• Mannesmann:

Ein-, Zwei- und Dreifachschichtler arbeiten wie bisher 8 Stunden pro Tag und erhalten 12 Freischichten pro Jahr.

Belegschaftsmitglieder mit Büro- und Tagschichtarbeitszeit erhalten 6 Freischichten und die tägliche Arbeitszeit wird um 12 Minuten verkürzt durch:

- Verkürzung der Anfangs- oder Endzeiten,
- Verkürzung durch Verlängerung der Pausen,
- Kumulierung der täglich zu verkürzenden Arbeitszeit auf 1 Stunde/Woche — je nach betrieblicher Vereinbarung.

Die Verhandlungen bei Hoesch laufen darauf hinaus, ebenfalls im Bereich der Nichtkontiarbeiter die 12 Tage z. T. als ganze Tage z. T. stundenweise zu verfahren.

ZU: Hintergrund...

Hintergrund: Fehler bei Abschluß des Tarifvertrages!

Wie inzwischen auch von den Bezirksleitungen der IGM zugegeben, hat man bei Abschluß des Tarifvertrages eine Reihe von Fehlern gemacht:

- Kein Festschreiben der 13 Tage für alle bzw. vergleichbare feste eindeutige Aussagen.
- Keine klare Aussage über den Charakter der freien Zeit — sowohl bezogen auf den finanziellen Teil (Durchschnittsbewertung wie bei Urlaub) wie auch auf die Unverfallbarkeit

bei Krankheit o.ä. (so ist Meinung des Arbeitgeberverbandes, daß bei Krankheit die geplanten Freistunden bzw. Freischichten weg seien, nicht nachgeholt werden könnten).

- Offenhalten der Regelung über die konkrete Umsetzung für die Arbeitszeitverkürzung im Betrieb und damit Möglichkeiten für die Unternehmer, je nach ihrer Interessenlage eine Bündelung der 12 oder 13 Tage, einzelne Tage oder gar minutenweises Verkürzen verlangen, wobei die Richtung der Unternehmer klar ist: Solche Formen sollen genommen werden, die es weitestgehend möglich machen, ohne Personalausgleich auszukommen.

Hoesch beispielsweise plant bei rund 14000 Betroffenen nur eine Erhöhung der Sollbelegschaften von 190 Leuten während die 5,26 Prozent Arbeitszeitverkürzung eigentlich über 700 neue Stellen erfordern würden!

Gerade für den Bereich der Stahlindustrie, wo etwa 2/3 der Kollegen in Wechselschicht arbeitet, ist aus den betrieblichen Diskussionen der letzten Monate deutlich geworden:

Will man einen möglichst hohen Effekt an neuen Plätzen in den verbleibenden Betrieben erreichen, muß die Richtung sein:

- 13 Tage als Freischichten für alle!
- Vom Grundsatz her Bündelung dieser Freischichten!
- Erhöhung der Richt- bzw. Sollbelegschaftszahlen und Stellenbesetzungspläne um 5,26 Prozent!

IG Chemie

Schnell, zügig und heimlich!

Diese Überschrift des „Handelsblatts“ macht andeutungsweise klar, wovon die Rede ist: einem neuen Coup des IG-Chemie-Vorstandes. Mit Datum vom 26. 11. 84 hatte die Pressestelle der IG Chemie mitgeteilt, man habe sich mit dem Bundesarbeitsgeberverband über eine Vorruhestandsregelung — gültig ab März 85 — im Grundsatz geeinigt.

Dies wurde zwei Tage später vom Bundesarbeitsgeberverband berichtet. Es habe am 26. 11. nur ein einstündiges Gespräch gegeben, in dem beide Seiten bestätigt hätten, daß sie über eine befristete Lebensarbeitszeitregelung für 85 reden wollten.

Für den 1. 2. 1985 sei der nächste Termin vereinbart, dann wolle man am 28. 2. 85 wieder miteinander reden.

Interessant und wichtig sind dabei zwei Punkte. Einmal ist

deutliche Meinung des Bundesarbeitsgeberverbandes Chemie, daß es gar keinen Grund gibt, überhaupt über die Lebensarbeitszeit zu reden, da der Manteltarifvertrag über die Arbeitszeit bis 87 gehe und erst am 25. 3. 83 abgeschlossen worden sei — mit Festschreibung der 40-Stunden-Woche für 90 Prozent der Beschäftigten.

Zum anderen hat der IG-Chemie-Vorstand deutlich gemacht, „er wisse, daß eine Vorruhestandsregelung Geld koste,

darüber sei man bereit zu reden, wenn die Lohn- und Gehaltsfragen mit zur Sprache kämen“. Auf gut Deutsch heißt das nichts anderes, als daß im Februar 1985 gleichzeitig über den Lohn- und Gehaltsabschluß und den Vorruhestand geredet und verhandelt wird — oder wie es das „Handelsblatt“ in unternehmerischer Klarsicht formulierte: „Bei den nächsten Gesprächen ... geht es also um den Abschlag, den die IG Chemie beim Lohntarif für den Vorruhestand hinnehmen will. Kann man sich hier einigen, dann hat man sich auch über eine Vorruhestandsregelung geeinigt.“

Dem ist nur noch hinzuzufügen: Die kämpferischen Kräfte in den Chemiebetrieben und der IG Chemie sind offensichtlich gefordert, hier aktiv zu werden.

Jungheinrich/Hamburg

Proteste gegen Entlassung eines Betriebsrats

Die Geschäftsleitung von Jungheinrich (Gabelstapler u. a.) hat Ralf Stockhusen, Betriebsratsvorsitzender eines Jungheinrich-Betriebes und stellvertretender Vorsitzender des Konzernbetriebsrats, entlassen. Der Vertrauenskörper der IG Metall bei Jungheinrich hat gegen die Entlassung aufs entschiedenste protestiert, der Betriebsrat hat gegen die Kündigung Widerspruch eingelegt.

In einem VK-Info heißt es: „Nach Wertung aller vorliegenden Tatsachen handelt es sich hier um den Versuch, einen BR-Vorsitzenden, der sich gerade in den vergangenen Monaten besonders für seine Belegschaft eingesetzt hat und einen aktiven Gewerkschafter per Kündigung loszuwerden.“

Ralf Stockhusen hatte sich in der letzten Zeit besonders im Abwehrkampf gegen die Stilllegung eines Betriebes und in den Verhandlungen über einen Sozialplan und Interessenausgleich für die Interessen der Belegschaft eingesetzt.

Der Vertrauenskörper stützt sich in seiner Forderung nach Weiterbeschäftigung von Ralf Stockhusen, der immerhin seit

17 Jahren bei Jungheinrich beschäftigt ist, unter anderem auf eine mit der Geschäftsleitung abgeschlossene Betriebsvereinbarung, durch die Kündigungen mittels Versetzung oder Umschulung verhindert werden sollen. Die Betriebsräte haben nachgewiesen, daß freie Stellen für eine Weiterbeschäftigung von Ralf Stockhusen vorhanden sind, daß durch Umschulung ein Einsatz an weiteren freien Stellen möglich wäre.

Die Geschäftsleitung hat erklärt, für den speziellen Fall von Ralf Stockhusen sei besagte Betriebsvereinbarung Nr. 804 nicht anwendbar. Stellt sich erstens die Frage, warum sie ausgerechnet für einen Betriebsrat und aktiven Gewerkschafter

nicht anwendbar sein soll und zweitens, was bei Jungheinrich Betriebsvereinbarungen eigentlich wert sind, wenn letztlich die Geschäftsleitung entscheidet, auf wen sie anwendbar sind und auf wen nicht.

Insofern ist es folgerichtig, daß der VK Anlaß sieht, nicht nur die Rücknahme der Kündigung gegen Ralf Stockhusen und seine Weiterbeschäftigung zu fordern, sondern auch die Einhaltung unterschriebener Vereinbarungen durch die Geschäftsleitung.

Der VK erklärt abschließend: „Der VK wird es auch nicht zulassen, daß mit Mitteln von Unterstellungen und unrichtigen Anschuldigungen ein Gegeneinanderauspielen von Kollegen, von Betriebsräten, von Gewerkschaften betrieben wird. Beim Kampf um die Interessen der Belegschaft, bei der Abwehr von Kündigungen gilt es ganz besonders: **Gemeinsam sind wir stark!**“

Zur Diskussion gestellt:

Die Stellungnahmen des Roten Morgen in der Überstundenfrage gefallen mir nicht. Ich finde sie ziemlich oberflächlich, weil sie sich mit den wesentlichen Problemen, vor denen z. B. Betriebsräte bei der Frage „Genehmigung oder nicht“ von Überstunden stehen, nicht auseinandersetzen. Ich erwarte eigentlich auch vom Roten Morgen, daß er nicht nur unter dem Motto „mehr, besser, eher, konsequenter“ die Politik der IGM kritisiert, sondern daß er sich vor allem auch mit den Positionen der Linken, der Opposition im weitesten Sinne auseinandersetzt.

Zuerst mal eine Verständnisfrage: Es wird immer mit besonderer Empörung berichtet, daß die Streikfolgen — nach Abschluß des Kampfes! — durch Überstunden wieder wettgemacht worden sind. Frage: Warum ist das so schlimm? Meiner Erfahrung nach wird das von den Kolleginnen und Kollegen nicht so gesehen.

Ziel des Streiks war doch nicht, die Produktion der Autoindustrie zu senken, sondern eine Forderung, nämlich die 35-Stunden-Woche, durchzusetzen. Nach Abschluß des Kampfes bestand also doch keine unmittelbare Notwendigkeit mehr für die Kollegen, die Überstunden zu verweigern, es bestand eher eine gewisse Notwendigkeit, nicht nur für Daimler, sondern auch für die Kollegen, die „Streikverluste“ wieder reinzuholen. Ich meine: Nach dem Streik war die Verweigerung von Überstunden keine Kampf-

Die „Zulässigkeit“ von Überstunden

handlung mehr zur Durchsetzung eines konkreten Ziels, sondern eher eine prinzipielle Frage. Von daher finde ich es nicht richtig, so zu tun, als sei es unbestritten eine Art Verrat am Streik, daß die IGM nachher Überstunden zugelassen hat.

Meine Hauptkritik richtet sich aber gegen das Gewicht, das ihr dem „Zulassen“ beimeißt. Für mich ist der Beschluß der V-Leutekonferenz, eine Kampagne gegen die Überstunden zu machen, gegenüber der bornierten Prinzipienreiterei, wie ich sie aus den Diskussionen unter linken Gewerkschaftern und Betriebsräten in der letzten Zeit kenne, ein Fortschritt. Eine Kritik, die sich nur darauf richtet, daß IGM-Betriebsräte Überstunden nicht prinzipiell ablehnen, findet für mich solange im luftleeren Raum statt, solange sich diese Betriebsräte immer noch darauf berufen können, den Willen der Mehrheit der Belegschaft durchzuführen. Mein Verständnis von Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit ist jedenfalls nicht, daß es nur darauf ankommt, die Funktionäre auf fortschrittliche Positionen einzuschwören, die dann den Belegschaften per Dekret verordnet werden. Daß das der richtige Weg ist, eine Mobilisierung und Frontbildung unter den Kollegen gegen die Über-



stunden zu erreichen, glaube ich nicht. Wenn man Pech hat, erreicht man sogar das Gegenteil.

Also: der wesentliche Punkt bei den Überstunden ist für mich nicht, wie man erreicht, daß die Betriebsräte sie ablehnen, sondern wie man erreicht, daß die Kolleginnen und Kollegen sie ablehnen. Ich bin prinzipiell gegen Überstunden und ich vertrete das auch auf jeder Betriebsversammlung. Aber selbst die Kolleginnen, die auch prinzipiell gegen Überstunden sind — und davon gibt es bei uns viele — haben ein gewisses Verständnis dafür, daß Siemens ab und zu, weil dieses oder jenes in dieser oder jener Weise schiefgegangen ist, doch Überstunden braucht.

Eine Frontbildung — und

die soll ja nun die Mehrheit der Kollegen umfassen — auf der Grundlage von Prinzipien ist meiner Erfahrung nach das Schwierigste überhaupt. Und es ist ja wohl auch erst mal normal, daß die betrieblichen Auseinandersetzungen nicht um Prinzipien, sondern um Forderungen geführt werden. Ich meine deshalb, daß die Zustimmung zu Überstunden an bestimmte Forderungen geknüpft werden muß oder andersherum: daß die Verweigerung von Überstunden ein Mittel zur Durchsetzung bestimmter Forderungen sein muß (z. B. Neueinstellungen, Arbeitsplatzgarantie, das hängt sicher vom konkreten Betrieb und vom konkreten Fall ab). Dafür kann man mobilisieren, dafür kann man Kampfbereit-

schaft wecken und man kommt nicht in die Nähe des moralischen Gejamers: „Du steckst dir das Geld ein und die Kollegen draußen haben keine Arbeit“.

Damit alles richtig ankommt, schreibe ich noch ein konkretes Beispiel dazu.

Nachdem im Mai bei Siemens 30 Elektroniker entlassen worden waren, stellte die Betriebsleitung Anfang September beim Betriebsrat den Antrag, daß im Systemprüffeld 900 Überstunden gefahren werden sollten. Zu diesem Zeitpunkt waren 25 der 30 Prüfer schon aus dem Betrieb, fünf arbeiteten noch, waren aber in gekündigter Stellung. Als Begründung für die Überstunden gab Siemens an, plötzlich Aufträge aus Italien erhalten zu haben. Nur wenn diese Aufträge bis Ende September abgewickelt würden, kämen weitere Aufträge herein, die langfristig Arbeitsplätze sichern würden. Die nicht fristgemäße Abwicklung dieser neuen Aufträge würde bedeuten, daß schon vorhandene Aufträge für das nächste Jahr gestrichen würden. Eine Ablehnung der angemeldeten Überstunden bedeute also eine Gefährdung von Arbeitsplätzen.

Durch diese Drohung waren im Systemprüffeld die meisten Kollegen bereit, diese Überstun-

den zu leisten. Die Nachforschungen des Betriebsrats ergaben, daß die Begründung erlogen war. Die Aufträge waren schon seit Mai eingeplant, d. h. daß die ganz normale Jahresplanung nur mit Überstunden realisiert werden konnte. Die Kollegen waren ziemlich empört — klar, sie waren belogen worden. Der Betriebsrat beschloß nun, den Überstunden zuzustimmen, unter der Bedingung, daß die Kündigungen für die fünf noch arbeitenden Prüfer zurückgenommen würden. Diese Forderung fand in der gesamten Belegschaft Unterstützung und wurde auch von der Mehrheit der Systemprüfer getragen. In dieser Situation traute sich die Geschäftsleitung nicht — wie es ihr sonst gerade im Systemprüffeld immer gelungen war — einen Teil der Kollegen individuell zur Ableistung von „freiwilligen“ Überstunden zu bewegen. Siemens lehnte, wie wir es nicht anders erwartet hatten, die Forderungen des Betriebsrats ab, und rief die Einigungsstelle an. Aufgrund des Einigungsstellenbeschlusses mußten die Kollegen dann doch den größten Teil der beantragten Überstunden ableisten, ohne daß die fünf wieder eingestellt wurden. Wir haben zwar verloren, aber wir meinen, daß es richtig war, den Kampf nicht prinzipiell gegen Überstunden zu führen, sondern für die Einstellung der fünf Kollegen. Es würde uns sehr interessieren, von möglichst vielen zu erfahren, ob sie unser Vorgehen falsch oder richtig finden. A. S.

12. Bundesweite Vertrauensleutekonferenz der IGM in Mannheim

Obwohl es sich hier also um eine bis zu einem gewissen Grade nach Vorstandswillen zusammengesetzte Konferenz handelte, wurden wichtige Punkte sowohl der Tarifrunde wie der generellen Arbeit der IGM diskutiert.

Dazu gehört zum einen das Problem der Stahlfusion, wo Kollegen von Krupp und Klöckner auftraten und vom Vorstand der IGM verlangten, diesen neuen Rationalisierungsfeldzug nicht einfach abzusegen, sondern die Verstaatlichungsforderung offensiv politisch zu vertreten und dafür entsprechend der Beschlußlage des IGM-Kongresses vom letzten Jahr zu mobilisieren. Die Antwort des Vorstandes, man warte bereits seit einem Jahr auf einen Antwortbrief Kohls auf den IGM-Vorschlag eines Stahlgesprächs, stieß auf ziemlichen Unmut. Die Vertrauensleute forderten erneut, wie auch in vielen betrieblichen Resolutionen verlangt, eine bundesweite Stahlkonferenz, auf der über das weitere Vorgehen zur Verhinderung der Großfusion, zur Sicherung der Arbeitsplätze beraten werden soll. Wie inzwischen zu hören ist, hat der IGM-Vorstand angekündigt, im Februar oder März 85 eine solche Konferenz durchzuführen.

Als ein zweiter wichtiger Bereich kam von den betrieblichen Vertretern auch die Erfahrung der Betriebsbesetzungen zur Sprache.

Stellung zu Betriebsbesetzungen

Der IGM-Vorstand hatte ja vom Gewerkschaftstag den Auftrag erhalten, zum Fragenkomplex „Widerstand gegen wachsende Arbeitsplatzvernichtung“ Stellung zu beziehen, besonders im Hinblick auf die Betriebsbesetzungen — immerhin war das damalige Jahr 1983 mit 18 Betriebsbesetzungen das bisher höchste Jahr (1982 - 9, 1981 - 6).

Diese Frage war aber auch im Arbeitskampf selbst ja aktuell geworden, nicht zuletzt dadurch, daß es zwei Versuche bzw. Ansätze zu einer Betriebsbesetzung als Antwort auf die Aussperrung gegeben hatte, die aber praktisch vom IGM-Vorstand abgewürgt worden waren.

Zwar hatte der IGM-Vorstand bisher noch nicht abschließend zu diesen Fragen Stellung genommen, aber aus den Reden von Hans Mayr, dem Vorsitzenden der IGM und Lutz Dieckerhoff, dem für Vertrauensleute zuständigen Vorstandsmitglied ging die Richtung ihrer Stellungnahme deutlich hervor.

Letzterer sagte: „Diese Notwehrreaktionen der Belegschaften finden unser aller Verständnis, sie sind aber nur von geringer Effizienz.“ Er deutete gleichzeitig an, daß der IGM-Vorstand nach wie vor nicht gewillt ist, offensiv solche Aktionen zu unterstützen. Man „werde aber die Kollegen nicht im Regen stehen lassen.“ Angesichts der Erfahrungen der Werftbesetzungen bei HDW und AG Weser sind solche Worte in den Ohren der betroffenen Kollegen nicht mehr wert als die berühmten Sonntagsreden.

Vom 15. bis 17. 11. fand in Mannheim die inzwischen 12. Konferenz der Vertrauensleute der IGM statt. Es sollte aber balleibe keiner denken, daß dort eine breite Delegation aus den Betrieben erfolgt sei, aus den betrieblichen Vertrauenskörpern.

Fast die Hälfte der 500 Delegierten waren hauptamtliche Funktionäre, die anderen waren von den Bezirksleitungen in Abstimmung mit den Ortsverwaltungen delegierte Mitglieder der Vertrauensleutenausschüsse auf Bezirks- und Ortsebene.

Da hilft dann auch der radikal klingende Verweis auf die grundsätzlichen Übel des Kapitalismus wenig, dient er doch nur der Abwiegung konkreter politischer Kämpfe. Originalton Dieckerhoff: „Solange unternehmerische Entscheidungsrechte unangetastet bleiben, unsere Wirtschaftsordnung wie jetzt und nicht anders funktioniert, ist es nach wie vor fraglich, ob eine drohende Arbeitsplatzvernichtung durch Betriebsbesetzung oder Werksübernahme auf Dauer verhindert werden kann ... Es ist deshalb Illusion zu glauben, daß es im Kapitalismus auf Dauer sozialistische Inseln geben kann.“

Und Mayr, der davon sprach, daß die IGM „eine politische und organisatorische Glanzleistung“ mit dem Tarifabschluß vollbracht habe, antwortete auf die Frage eines Delegierten, ob man als IGM mit den „bürgerlich-rechtlichen“ Regeln noch zurechtkomme, ob man nicht Betriebsbesetzungen und Betriebsblockaden beim nächsten Arbeitskampf von vornherein einplanen müsse: „Eine Gewerkschaft, die sich über Recht und Gesetz glaube hinwegsetzen zu können, kommt in gefährliches Fahrwasser. Wir können nicht Gerichten, die der eigenen Meinung entsprechende Urteile fällen, applaudieren und Urteile, die uns nicht passen, einfach ignorieren.“

Wobei damit der durch die Bewegung der Kolleginnen und Kollegen in Warnstreiks, Urabstimmungen und Festhalten an den Streikzielen ausgeübte Druck, ihre Mobilisierung gegen die Unternehmer und die sie stützende Regierung in ihrer Wirkung auf diesen gesellschaftlichen Bereich damit völlig ignoriert und ausgeblendet werden. Denn das war der tiefere Grund der positiven Urteile — nicht einige der IGM „geneigte“ Richter.

In diesem Zusammenhang wurde vom IGM-Vorstand angekündigt, daß er sich voraussichtlich im Februar erneut auf einer Klausurtagung mit den Ergebnissen der Tarifrunde beschäftigen wolle, um eine gemeinsame Auswertung und Einschätzung zu erarbeiten, was auf der ersten dieser Tagungen noch nicht erreicht worden sei.

Neben der Verurteilung der neuen Gesetzesvorhaben der CDU/CSU in bezug auf die Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes wurde schwerpunktmäßig die Frage der Umsetzung des Tarifvertrages diskutiert.

Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche

Anhand der betrieblichen Beispiele wurde deutliche Kritik an

den sozialpartnerschaftlichen Betriebsratsmehrheiten deutlich, die im Augenblick in großem Umfang durch Mehrheitsgenehmigungen den Unternehmern ermöglichen, die Streikausfälle wieder rauszuholen. Die gleichen Betriebsratsspitzen, die in den gewerkschaftlichen Vertretungsorganen stark vertreten sind, haben ihre Finger bei Resolutionen und Beschlüssen der IGM erhoben, die Überstunden abzuheben.

Damit war insbesondere die unmögliche Situation angesprochen, aber damit eben noch nicht geändert, daß es VW und anderen Konzernen bis Jahresende gelingt, fast die geplante Produktion zu erreichen.

Die Notwendigkeit einer breiten Anti-Überstundenkampagne, wie sie von Horst Klaus, im IGM-Vorstand für die Betriebsratsmehrheit zuständig, gefordert wurde, ist da nur zu begrüßen.

Zur Frage der Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche wurde vom IGM-Vorstandsmitglied Horst Klaus deutlich die 38,5 für alle gefordert. In den großen Automobilwerken zeichnen sich zwei Strömungen ab. Da ist einmal Opel Bochum, wo vom Vertrauensleutkörper eine Regelung befürwortet wird, nach der jeder in jeder zweiten Woche — bei Spätschicht — jeden Tag

36 Minuten weniger arbeitet. Opel ist dazu nicht bereit. Die Unternehmensleitung will über Freischichten gehen, allerdings nicht neun im Jahr, sondern nur sechs oder sieben, da der Urlaub angerechnet werden soll.

Die andere Strömung, repräsentiert durch VW (dort so abgeschlossen) oder auch Opel Rüsselsheim, Richard Heller, will Freischichtenmodelle vereinbaren.

Kernproblem bei allen Modellen ist die Frage der Verhinderung von Leistungsverdichtung und die Durchsetzung des vollen Personalausgleichs.

Hier sind natürlich die Bedingungen je nach Betrieb und Arbeitsweise unterschiedlich. Haupttendenz in der Debatte der insgesamt 93 Diskussionsredner auf der Vertrauensleutekonferenz von denen sich viele mit der Umsetzungsfrage beschäftigten, war, freie Tage deshalb zu vereinbaren, weil in all den Bereichen, in denen es keine mitbestimmungspflichtigen „definierten Arbeitsbedingungen“ über Takt- bzw. Vorgabezeiten gäbe, der Unternehmer durch Leistungsverdichtung bei täglicher Arbeitszeitverkürzung Neueinstellungen verhindern könne.

Festzuhalten bleibt, wichtige Problemkreise der Arbeit der IGM wurden auf dieser Konferenz angesprochen, aber, so ein Teilnehmer, durch die Zusammensetzung und Arbeitsweise — nur im Plenum mit etwa 500 Teilnehmern — sei ein effektives Aufarbeiten der Erfahrungen, das Erarbeiten von wichtigen Schlußfolgerungen, eine mobilisierende Perspektive zu entwickeln, nicht gelungen.

Gewerkschaft Textil-Bekleidung Rettet den freien Sonntag!

Seit 1981 ist das generelle Arbeitsverbot an Sonn- und Feiertagen über die tariflichen Regelungen hinaus auch in der Gewerbeordnung verankert. Eine Initiative des Bundesrates soll nun den „freien Sonntag“ wieder kippen. Darauf weist die Gewerkschaft Textil-Bekleidung in einem Brief hin, der an die Bundesregierung, die Landesregierung, an Abgeordnete, an die Kirchen und den Deutschen Gewerkschaftsbund gerichtet ist.

Es geht um einen Änderungsantrag des Bundesrates zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf für ein neues Arbeitszeitgesetz. Beantragt wird, daß Sonn- und Feiertagsarbeit generell möglich sein soll „für den Betrieb von hochmechanisierten oder automatisierten Produktionsanlagen, bei denen infolge der Mechanisierung oder Automatisierung ein erheblicher Teil wartender, steuernder oder überwachender Tätigkeiten vorliegt.“

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung regt sich deshalb, weil der Bundesrat in der Begründung ausdrücklich anführt, „daß sich die Kapitalintensität speziell der deutschen Textilindustrie durch den technischen Fortschritt im vergangenen Jahrzehnt enorm erhöht hat“. Der vielbemühte „äußerst harte internationale Wettbewerb“ soll nun die 24-Stunden-Betriebszeit an sieben Wochentagen notwendig machen.

Dieser Antrag des Bundesrates liegt der Bundesregierung derzeit zur Stellungnahme vor und kommt voraussichtlich im

ersten Quartal 1985 zur ersten Lesung in den Bundestag.

Der Vorstand der GTB führt zur Begründung seiner Ablehnung des Bundesratsantrages vor allem an, daß in der Textilindustrie die nach den geltenden tariflichen und gesetzlichen Regelungen möglichen Betriebszeiten überhaupt noch nicht ausgenutzt würden. So würde die jährliche Betriebszeit etwa dadurch reduziert, daß der dreiwöchige Betriebsurlaub immer noch branchenüblich sei. Bei höherem Belegschaftsstand könnten Einschränkungen der Maschinenlaufzeiten durch Krankheit und sonstige Fehlzeiten vermieden werden.

Das ist wohl wahr. Die Überzeugungskraft derartiger Argumente auf die Unternehmer und ihre politischen Fürsprecher kann aber nicht besonders hoch veranschlagt werden. Schließlich geht es den Kapitalisten gerade darum, mit möglichst wenigen Arbeitern und Angestellten die Betriebszeiten möglichst lang auszudehnen.

Daß die GTB darauf hin-

Farthmann über Betriebsbesetzungen Der Ausfluß des Naturrechts

Einen bemerkenswerten Beitrag zum Thema Betriebsbesetzung lieferte der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Farthmann (SPD) unlängst in einem Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau“ vom 1. Dezember (S. 4) ab.

Daß von Betriebsbesetzungen „überhaupt nichts“ hält, verwundert nicht weiter. Vielmehr sieht er durch Betriebsbesetzungen „die moralische Anerkennung des Streikrechts“ in allen Bevölkerungsgruppen gefährdet. Man merkt es der Formulierung gleich an, daß es mit dem Wörtchen „moralisch“ eine besondere Bewandnis haben muß. Unvermeidlicherweise folgt die auch gleich auf dem Fuß. Die Befürchtung, daß es sich dabei um Tiefsinniges handelt, wird gnadenlos bestätigt.

Die „Frankfurter Rundschau“ notiert's wie folgt: „Für Farthmann ist der Streik, sozusagen der Ausfluß des Naturrechts, die Arbeit zu verweigern! Am Eigentum anderer aber finde dieses Naturrecht seine Barriere.“

Für Farthmann sind also sowohl der Streik als auch das Eigentum an den Produktionsmitteln naturrechtlich begründet. Über beides lohnt es sich nachzudenken.

Zunächst der Streik. Ein Mann wie Farthmann, der bei passender und unpassender Gelegenheit jeden darüber informiert, daß er 15 Jahre in Gewerkschaftsdiensten gestanden hat, sollte eigentlich den Unterschied zwischen der Arbeitsverweigerung des einzelnen und dem Streik als kollektiver Klassenkampfaktion kennen.

In der modernen kapitalistischen Gesellschaft kümmert es im allgemeinen niemanden, wenn ein Arbeiter sein Recht, Arbeit zu verweigern, wahrnimmt. Der Kapitalist wird allenfalls die Stirn runzeln und ihn entlassen. Dann kann der Arbeiter sein „Naturrecht“, die Arbeit zu verweigern, durchaus verwirklichen. Rechte Freude daran will in der Regel nicht aufkommen, weil der Arbeiter von diesem Farthmannschen Naturrecht natürlich nicht leben kann.

Der Streik, also die von den Arbeitern kollektiv organisierte und durchgeführte Arbeitsverweigerung zur Durchsetzung bestimmter Forderungen, ist etwas völlig anderes. Er ist ein schwer erkämpftes politisches Recht

der Arbeiterbewegung. Es ist so wenig „naturrechtlich“, daß es für die Mehrzahl der Arbeiter in der Welt überhaupt nicht existiert. Auch bei uns darf dieses angebliche Naturrecht nur sehr eingeschränkt — wir vermuten: mit Farthmanns Billigung — in Anspruch genommen werden: Beamte dürfen's nicht, Lehrlinge dürfen's nicht, für politische Ziele darf es keinen.

Nun kommen hierzulande Betriebsbesetzungen ja vor allem vor, wenn die Kapitalisten durch Stilllegungen oder Massenentlassungen die Arbeiter zwingen wollen, das Farthmannsche Naturrecht, nicht zu arbeiten, üppig in Anspruch zu nehmen.

Was sollen die Arbeiter und Angestellten also nach Farthmanns Auffassung tun? Das Naturrecht, das Farthmann ihnen zugesteht, zwingen die Kapitalisten ihnen auf. Davon kann man aber schlecht leben.

Die Kapitalisten können so handeln, weil sie das Naturrecht am Eigentum der Betriebe haben, wovon sich im allgemeinen übrigens recht gut leben läßt. Also besetzen die Belegschaften den Betrieb. Gemeint ist das zu meist nur als demonstrativer Akt. Farthmann erklärt ihnen aber, daß sie das nicht dürfen, weil sie damit das privatkapitalistische Eigentum antasten. Vor dem Naturrecht des privatkapitalistischen Eigentums aber endet laut Farthmann das Naturrecht des Arbeiters.

Was folgt also aus den philosophischen Betrachtungen Farthmanns zum Thema Naturrecht?

Erstens ist das Naturrecht des Kapitalisten am Eigentum offenkundig viel mehr wert als das Naturrecht des Arbeiters; denn wenn der Kapitalist mittels seines naturrechtlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die Arbeiter arbeitslos macht, können die sich für ihr Naturrecht, die Arbeit zu verweigern, nichts mehr kaufen.

Zweitens kann man daran nichts ändern; denn Natur ist Natur und die wurde bekanntlich vor längerer Zeit an sechs (!) Werktagen von Gott geschaffen. Vermutlich aus der Rippe eines sozialdemokratischen Arbeitsministers.

Drittens ist Arbeitslosigkeit demnach gottgewollt.

Viertens ist ein führender Sozialdemokrat je frommer je dummer.

weist, daß Sonn- und Feiertagsarbeit eine Einschränkung der Ausübung der im Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit darstellt und gegen die päpstliche Enzyklika „Laborem Exercens“ verstoßen soll, nimmt man ja noch verständnisvoll und schmunzelnd zur Kenntnis, wenn's hilft, die Kirchen als Bündnispartner zu gewinnen.

Ausgesprochen ärgerlich wird es, wenn die GTB fordert, für ihre Anbiederung an die Kapitalinteressen in der Vergangenheit nun mit der Wahrung des arbeitsfreien Sonntags belohnt zu werden: Nicht zuletzt auch, weil die GTB um die Kostenwirkungen und die negativen Folgen von verringerten Maschinenlaufzeiten für den internationalen Wettbewerb wisse, habe sie der Verkürzung der Lebensarbeitszeit Vorrang vor der Wochenarbeitszeit ein-

geräumt. Böswillige (und Unternehmer sind böswillig) könnten daraus schließen, daß den Gewerkschaften, die durch Erhöhung wöchentlicher Arbeitszeitverkürzung mutwillig die Kosten in die Höhe getrieben haben ganz recht geschähe, wenn sie nun Sonn- und Feiertagsarbeit aufgedrückt bekämen.

Wie absonderlich die GTB ihr Anliegen auch im einzelnen begründet: in der Sache hat sie recht. Der Kampf gegen die gesetzliche Wiedereinführung der Sonn- und Feiertagsarbeit muß vom gesamten DGB geführt werden. Denn eines ist klar: wenn der Bundesrat auch nur die Textilindustrie als Beispiel anführt, macht die technische Entwicklung die von ihm angeführte Begründung doch für immer mehr Branchen und Betriebe zutreffender.

Die Polizei — dein großer Bruder

Die folgenden Ausführungen befassen sich mit den EDV-Systemen von Polizei und Verfassungsschutz sowie deren Auswirkungen auf den einzelnen Bürger.

INPOL

(Informationszentrale für Bund und Länder beim Bundeskriminalamt)

Das INPOL-System der Polizei läßt sich in drei Blöcke gliedern. Für Sofortauskünfte steht ein Zentraler Personen-Index (ZPI) mit Angaben über Personalien, Haftdaten, Aktenfundstellen und erkenntnisdienlicher Behandlung zur Verfügung, der mehr als 2 Millionen Daten in drei Sekunden abrufbar bereithält. Erfäht werden hier überregional tätige Straftäter. Eine eigene Haftdatei gibt Auskunft über Haftort, Haftantritt und -entlassung. In einer eigenen Diebstahldatei werden gesuchte Personen und Sachen (Kraftfahrzeuge, Waffen, Ausweise, die abhandeln gekommen sind) erfaßt. Zugangsberechtigt zu diesen Datensammlungen sind alle Personen, die bei der Fahndung mit dem in Frage kommenden Täterkreis dienstlich zu tun haben. Hierzu gehören Grenzstellen (Bundesgrenzschutz und Zollkriminalinstitut), Flughafenüberwachung, Polizeireviere, Streifenwagen, Finanzbehörden und Staatsanwaltschaften. Insgesamt sind an das INPOL etwa 12000 solcher „Endterminals“ angeschlossen. Im Tagesdurchschnitt werden etwa 200000 Anfragen an INPOL gerichtet. Die BKA-Ansprechstelle ist Tag und Nacht besetzt.

Über die Grenzen der BRD hinaus ist der Computer mit über 120 Staaten, die zum Einflußbereich des „Westens“ gehören, durch INTERPOL (Internationale Polizei) verbunden.

Für Recherchen zur Sachbearbeitung läßt sich ein weiterer Block von mehreren Datensammlungen abrufen, deren Nutzung nicht im gleichen Tempo erforderlich erscheint. Hierzu gehören neben Dokumentations- und Speichersystemen (GÖLEM = Großspeicher für die Auflistung zur Dokumentation und Beschaffung von kriminalistisch-kriminologischer Literatur; KAN = Kriminalaktennachweis, im Aufbau befindlich) insbesondere drei Systeme, die durchaus Assoziationen an den Orwellschen Überwachungsstaat aufkommen lassen und teilweise verfassungsgesetzliche Informationsschranken durchbrechen und in die Privat- und Intimsphäre des einzelnen Bürgers eingreifen:

Das DAKTYLOSKOPIE-System (eine Sammlung von etwa 4 Millionen 10-Fingerabdruck-Blättern) ermöglicht durch Umwandlung in Rasterformeln einen sekundenschnellen Vergleich von an einem Tatort vorgefundenen Fingerabdrücken mit bereits erkenntnisdienlich behandelten Personen.

Hierbei richtet sich die Kritik vor allem gegen die ausufernde Durchführung von erkenntnisdienlichen Maßnahmen gegen politisch unbekannte Bürger: Hausbesitzer, Anti-Atomkraftwerks-Demonstranten, Angehörige von Wohngemeinschaften usw. Die hierbei gewonnenen Daten werden nicht nur abgeglichen, sondern auch gespeichert, unabhängig davon, ob die erkenntnisdienlich behandelte Person sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat. Im Zusammenhang mit den

Bestrebungen nach einer möglichst vollständigen Erfassung von Fingerabdrücken sind auch die Pläne zur Errichtung von Bilddatenbanken (die deutliche Parallelen zum Vermummungsverbot bieten) sowie der Erstellung von Sonogrammen (Stimmprofilen) und der Speicherung von Handschriftenproben (schon die Unterschrift in einem Personalausweis bietet eine solche Möglichkeit) zu sehen.

Während die Einspeisung von erkenntnisdienlichen Werten ziemlich problemlos vonstatten geht, ist die Löschung solcher Daten sehr problematisch und wird nahezu unmöglich gemacht.

In einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 9.2.1967 heißt es zwar: „Nach dem Menschenbild des Grundgesetzes darf die Polizei nicht jedermann als potentiellen Rechtsbrecher betrachten und auch nicht jeden, der sich irgendwie verdächtig gemacht hat (aufgefallen ist) oder bei der Polizei angezeigt worden ist, ohne weiteres erkenntnisdienlich behandeln. Eine derart weitgehende Registrierung der Polizeigewalt widerspricht den Prinzipien des freiheitlichen Rechtsstaates.“ Unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung wurde jedoch Ende der 70er Jahre in die Strafprozeßordnung ein § 163 b eingefügt, der dieses „Prinzip des freiheitlichen Rechtsstaates“ dahingehend abändert, daß eine Person zwecks Feststellung ihrer Identität festgehalten werden und (mit deren Einverständnis) erkenntnisdienlich behandelt werden kann. Unterlagen, die bei der Identitätsfeststellung einer unverdächtigen Person angefallen sind, müssen nach § 163 c StPO jedoch, sobald der Zweck der Identitätsfeststellung erfüllt ist, vernichtet werden.

Dieses Recht der Betroffenen auf Vernichtung von personenbezogenen Daten durchzusetzen, gestaltet sich in der Praxis jedoch in der Regel als äußerst schwierig, da weder die Polizei noch der Verfassungsschutz dem Bürger gegenüber auskunftspflichtig sind.

Deutliche Parallelen zur Erfassung von erkenntnisdienlichen Daten bestehen bei der Eingabe in die Ermittlungsdatei PIOS (Personen — Institutionen — Objekte + Sachen). Diese Datei ist spezialisiert auf Terrorismus, Rauschgifthandel usw. und soll der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ dienen. Eingang finden hier nicht nur Daten über Taten und Täter, sondern auch über mutmaßliche Sympathisanten, von Privatpersonen Denunzierte, Besucher von einschlägigen Strafprozessen oder Teilnehmer an Demonstrationen und Betreuer von Häftlingen.

Voraussetzung für eine optimale Ermittlungsarbeit wäre natürlich die Erfassung eines jeden Bürgers. Eine solche Praxis widerspricht zur Zeit noch der gängigen Rechtsauffassung; es bleibt jedoch zukünftiger Interpretation überlassen, inwieweit zum Zweck einer totalen Erfassung die „unanantastbare“ Würde des Menschen angetastet bzw. angetestet wird. Bundesinnenminister Zimmermann äußerte am 17.10.1984 in Düsseldorf in einer Rede die Befürchtung, der bestehende

Datenschutz könne zum „Täter-schutz ausarten“. Er meinte natürlich nicht jenen Datenschutz, den deutsche Bundestagsabgeordnete für sich reklamieren, um nicht „gläsern“ zu werden. Zimmermann geht es vielmehr um die Einschränkung des Schutzes des „ungeborenen Täters“ zwecks „vorbeugender Verbrechensbekämpfung“. Welche Wirkungen diese Intention haben kann, läßt sich durch verschiedene Zwischenfälle sinnfällig machen, wo Unschuldige in den Knast wanderten, wie dies z.B. anlässlich von beführten Zusammenstößen bei Besuchen von „befreundeten Politikern“ wie z.B. Weinberger o.ä. in Form von

gisters (für Strafen und Vorstrafen), der Ausländerzentralregister-Computer in Köln und die Dateien der Meldebehörden, in denen je Bürger bis zu 200 Informationen gespeichert werden) an INPOL angeschlossen werden. DISPOL befindet sich noch im Aufbau.

NADIS

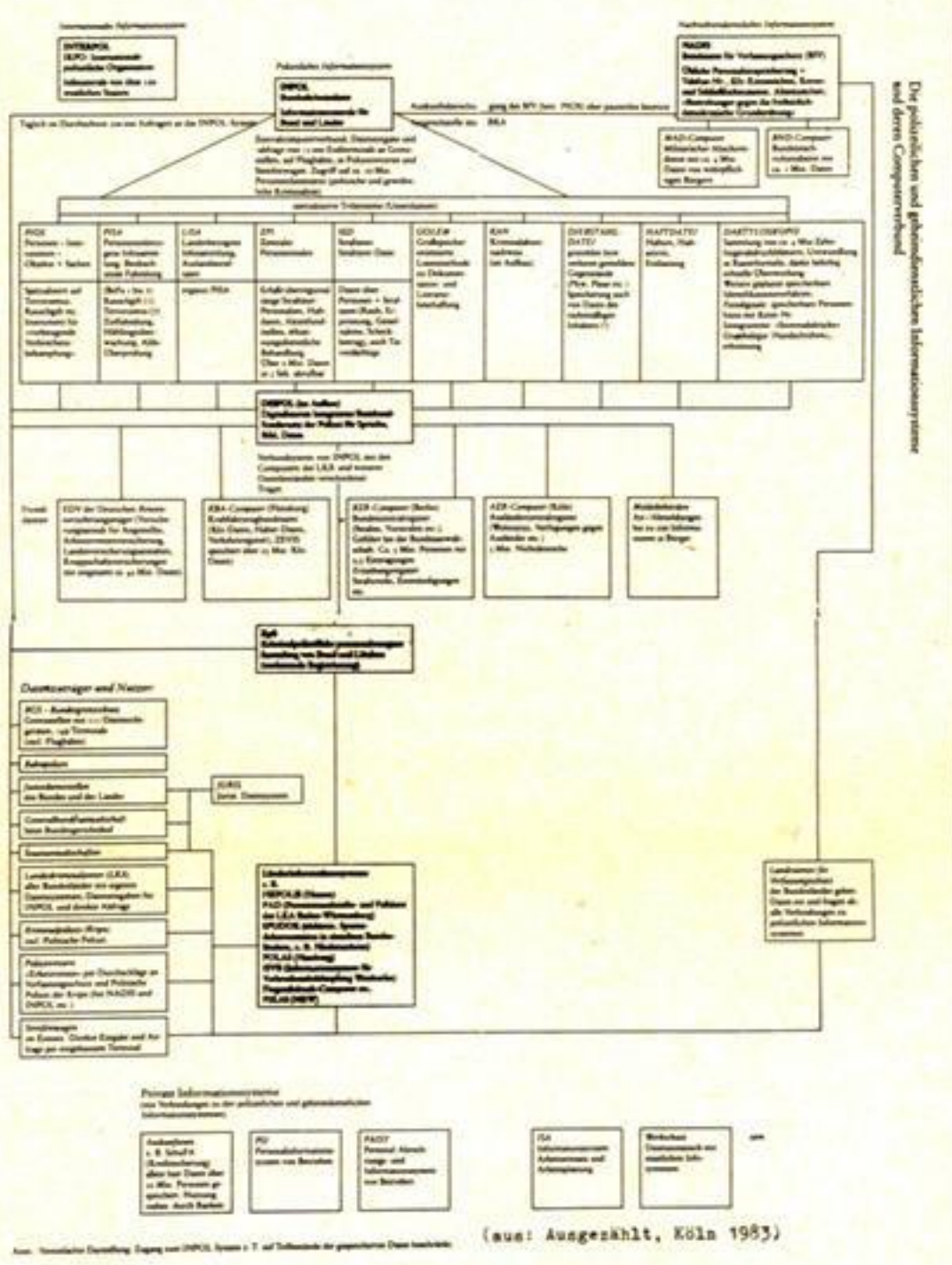
(Nachrichtendienstliche Informationszentrale)

Über das nachrichtendienstliche Informationssystem des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist weitaus weniger bekannt als über das INPOL-System. Bekannt ist allerdings, daß dieses System, das außer der üblichen

Kreditinstitute über finanzielle Verhältnisse eines Kreditnehmers), PSI (Personalinformationssystem von Betrieben), PAISY (Personal-Abrechnungs- und -Informations-System), ISA (Informationssystem Arbeitseinsatz und -planung) und auch der Werkchutz vielfach Verbindungen zu den polizeilichen und geheimdienstlichen Informationssystemen und geben auch ihrerseits Daten dorthin weiter.

Zugang zu den Informationen von NADIS hat neben dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) und den Bundesnachrichtendienst (BND) auch das Bundeskriminalamt (BKA), so wie dieses seinerseits auch an

Diesen Bericht haben wir von einem Mitglied der Dortmunder Initiative „Bürger beobachten die Polizei“ zugesandt bekommen und drucken ihn im Wortlaut ab. Nebenstehende Abbildung soll die Vernetzung der verschiedenen Überwachungssysteme aufzeigen.



Vorbeugehaft praktiziert wird. Aber auch im „unpolitischen“ Raum würde hier der Willkür Tür und Tor geöffnet.

In der Straftaten- und Straftäterdatei (SSD) werden die Straftäter (Raub, Erpressung, Geiselnahme, Scheckbetrug) und auch Tatverdächtige, nach Merkmalen aufgeschlüsselt, erfaßt. Der auf diese Weise gefüllte Computer ist in der Lage, aufgrund bestimmter Gemeinsamkeiten oder Ähnlichkeiten Kombinationen herzustellen, die ungelöste Verbrechen aufklären helfen sollen. Daß der „Kollege Computer“ sehr erfolgreich arbeiten kann, wurde kürzlich in Großbritannien deutlich, als man einen Sexualtäter dadurch identifizierte, daß man die Angaben von über tausend „Verdächtigen“ durch den Computer abglich, um so den „Fuchs“ einzukreisen.

Durch ein digitalisiertes integriertes Breitband-Sondernetz der Polizei für Sprache, Bild und Daten (DISPOL) sollen die Computer der Landeskriminalämter wie z.B. PAD (Baden-Württemberg), POLAS (Hamburg), SPUDOK (Niedersachsen) oder PIKAS (Nordrhein-Westfalen) und wichtige Fremddateien (EDV der Deutschen Rentenversicherungsträger, Computer des Kraftfahrzeugbundesamtes in Flensburg, Computer des Bundeszentralre-

Personalspeicherung noch Telefonnummern, Kraftfahrzeug-Kennzeichen, Konto- und Schließfachnummern sowie Aktenzeichen, unter denen „Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ zusammengestellt werden, umfaßt, technisch durchaus dem Standard genügt, um eine politische Vollkontrolle zu ermöglichen. Im Unterschied zu INPOL werden im NADIS-Computer nicht sämtliche Fakten gespeichert. Der Computer druckt vielmehr sämtliche Fundstellen aus, an denen nähere Einzelheiten über die beobachtete Person zu finden sind.

Die Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), im Vorfeld polizeilicher und politischer Aktionen Informationen über möglicherweise verfassungswidrige Bestrebungen zu sammeln, dient als Rechtfertigung für ein nahezu unbegrenztes Sammeln von Daten. Abgefragt wird NADIS bei der Überprüfung von Staatsdienstbewerbern auf Verfassungstreue (u.a. Lehramtsanwärter), bei Sicherheitsüberprüfungen, nicht zu vergessen Anfragen aus der Wirtschaft, in der man aktive und engagierte Arbeiter nach Möglichkeit von vornherein ausgeschaltet wissen möchte. So haben private Informationssysteme wie die SchuFA (Auskunft zum Schutz der

das BfV Daten aus PIOS weitergibt, die dann über NADIS an den MAD-Computer (betreffend wehrpflichtige Bürger) und an den BND-Computer (betreffend Spionage) weitergeleitet werden können.

Die Kooperation zwischen Verfassungsschutz und Polizei wurde von Gerhard Loewenich, damals Leiter der Abteilung Innere Sicherheit im Bundesinnenministerium, 1979 als ein Element des Gestapo-Systems bezeichnet (Spiegel 23/1979). „Die verfassungsmäßige Ordnung des Grundgesetzes geht davon aus, daß der Staat dem Bürger offen gegenübertritt, daß der Bürger zu erkennen vermag, wenn der Staat ihm gegenüber Maßnahmen ergreift. Die Rechtsweggarantie in Artikel 19 (4) des Grundgesetzes hat nur dann ihre volle Wirkung, wenn das Prinzip des gegen über dem Bürger offen und transparent handelnden Staates strikt durchgeführt wird.“ (ebenda)

Auf dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Nazi-Zeit hatte der Gesetzgeber bewußt polizeiliche Befugnisse und Kontrollbefugnisse für den Verfassungsschutz ausgeschlossen.

Daß beispielsweise im Rahmen der Rasterfahndung die Kooperation noch auf eine Vielzahl von Verwaltungseinrichtungen ausgedehnt wird, die im Rahmen der Amtshilfe (Artikel

34 des Grundgesetzes) zur Auskunft verpflichtet ist, ist mittlerweile weithin nicht unbekannt. Erwähnt wurde hier bereits das Digitale Sondernetz der Polizei (DISPOL), über das mehrere Fremddateien mit INPOL technisch verknüpft werden sollen.

Rasterfahndung

Bei der Rasterfahndung wird der Computer nach Personen mit bestimmten Eigenschaften und Verhaltensweisen durchgesehen. Die Personen, auf die die angegebenen Merkmale zutreffen, werden daraufhin gesondert überprüft. Angesprochen wurde hier als Beispiel die Überprüfung bereits bekannter Sexualtäter im Zusammenhang mit einer Vergewaltigung. Als kürzlich in Dortmund in einem Müllcontainer die Leiche eines nackten Mannes gefunden wurde, berichtete die Lokalpresse: „H. D. konnte erst mit Hilfe des Bundeskriminalamtes identifiziert werden.“ (WAZ vom 29.9.84) Solche Mitteilungen lassen den Schluß zu, daß beim Bundeskriminalamt für die Rasterfahndung auch etwa die Speicherung „Homosexueller“ vorgegeben ist, obgleich Homosexualität seit 1969 kein Straftatbestand mehr darstellt.

Die Regel der Ermittlung solcher Eigenschaften bzw. Verhaltensweisen dürfte darin bestehen, daß man bei den Betreffenden oder in Etablissements, in denen gehäuft entsprechende Personen verkehren, Abhörgeräte („Wanzen“) installiert, daß man den Personenkreis bespitzelt oder auch Hausdurchsuchungen vornimmt. Dies vielfach nicht offen, sondern getarnt als Gasman oder Stromableser.

Bei dieser Methode gelangt zwangsläufig ein großer Teil von Unschuldigen in die beschriebene Überprüfungspraxis, zumal, wenn man berücksichtigt, daß angeworbene Spitzel sich gezwungen fühlen, Erfolge vorzuweisen, um für die Anwerber ihre Unentbehrlichkeit unter Beweis zu stellen. (Erwähnt sei hier das Buch „Im Schatten des Rechts“ von Göbner/Herzog, in dem solche Methoden genauer beschrieben werden.)

Folgen sind vielfach Mißtrauen in der Nachbarschaft und bei Bekannten sowie unter Umständen auch Gefährdung des Arbeitsplatzes. Gerade Mißtrauen, das aus Unsicherheit und Angst vor Überwachung und Bespitzelung und deren Auswirkungen entsteht, ist geeignet, die Atmosphäre der Menschen untereinander zu vergiften und Aktivitäten, etwas gegen die bedrohende Überwachung zu unternehmen, zu lähmen.

Dieses Erscheinungsbild nutzt dem Staat bei seinem Vorhaben, angepaßte Bürger zu produzieren, ebenso sehr wie jedes elektronische Auge, jeder computer-lesbare Personalausweis. Dies wird durch entsprechende Erfahrungen aus der Nazi-Zeit deutlich belegt.

Die Dortmunder Bürgerinitiative „Bürger beobachten die Polizei“ betrachtet es nicht als Zufall, wenn sie seit einiger Zeit gehäuft von Personen angesprochen wird, die z.B. glauben, daß ihnen die Polizei in Gestalt eines Zahnarztes beim Plombieren eines faulen Zahnes einen Minisender hat einbauen lassen, oder die sich persönlich seit Jahren verdeckter polizeilicher Verfolgung ausgesetzt glauben, weil sie irgendwann einmal ein unangenehmes Erlebnis mit der Polizei hatten. Offenbar produziert die zunehmende Datenspeicherung auch eine spezifische Form von Verfolgungsängsten bis hin zu Verfolgungswahnvorstellungen.

Sollen wir uns selber abrüsten, während der Gegner aufrüstet?

Auseinandersetzungen im Koordinationsausschuß der Friedensbewegung

Am 14. Dezember wird der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung voraussichtlich darüber entscheiden, was in Zukunft aus diesem zentralen Gremium der Friedensbewegung werden soll.

Anlaß dafür ist ein Antrag, den sechs christliche und zwei andere Organisationen auf der letzten Sitzung des Koordinationsausschusses gestellt haben. Kernpunkt des Antrages: die Auflösung des Koordinationsausschusses in der bestehenden Form und seine Umwandlung in einen Beratungs- und Informationskreis. Praktisch alle anderen der insgesamt 30 Organisationen, die in diesem Ausschuß vertreten sind, hatten sich gegen diesen Antrag ausgesprochen

und schließlich mehrheitlich gegen die Stimmen der Antragsteller beschlossen, die Entscheidung über den Antrag bzw. über die Zukunft des Koordinationsausschusses auf die Dezember-sitzung zu vertagen.

Worum geht es? Die christlichen Gruppen (Aktionen Gemeinschaft Dienst für den Frieden, Pax Christi, Evangelische Studentengemeinde, Ohne Rüstung leben, Initiative Kirche von unten, Aktion Stühnezeichen/Friedensdienste) und die Gustav-Heinemann-Initiative sowie das Komitee für Grundrechte und Demokratie wollen vor allem, daß es kein zentrales Gremium der Friedensbewegung mehr gibt, das für die Friedensbewegung spricht und Aktionen beschließt.

Dagegen wird ins Feld geführt, daß es im nächsten Jahr um die „Stärkung der lokalen, regionalen und berufsspezifischen Arbeit“ gehen müsse, daß den „Basisproblemen“ in der Friedensbewegung wieder mehr Geltung verschafft werden müsse. Es geht, so die acht Organisationen in einer gemeinsamen Erklärung, „um die Verankerung neuer wichtiger Inhalte und Handlungsformen in der Breite der Friedensbewegung und in weiteren Teilen der Bevölkerung“. Begründet wird der Antrag auf Abschaffung des Koordinationsausschusses schließlich damit, daß die Debatten dort immer mehr parteipolitisch geprägt seien (von Grünen, SPD und DKP) und der notwendige außerparlamentarische Charakter der Friedensbewegung deshalb nur durch die Abschaffung dieses Gremiums wiederherzustellen sei.

Die angeführten Begründungen sind nicht besonders stichhaltig. Wer sagt denn, daß lokale Arbeit und Großaktionen alternativ stehen müssen? Wer sagt denn, daß über die „neuen wichtigen Inhalte“ — konkret schlagen die christlichen Organisationen eine Kampagne für Abrüstung vor — im Koordinationsausschuß nicht diskutiert werden kann? Wer schließlich wird ernstlich glauben, daß tatsächlich bestehende Abhängigkeiten der Friedensbewegung von Parteien ihre Ursache im Koordinationsausschuß haben und deshalb durch dessen Auflösung aufgehoben sind?

So dürfte denn der Antrag auf Auflösung des Koordinationsausschusses auch im wesentlichen politische Gründe haben. Denn in diesem Jahr gingen Vertretern dieser Organisationen Aktionen wie die Volksbefragung im Juni oder die Aktionen gegen die Herbstmanöver der NATO schon erheblich zu weit, genauso wie sie auch als entschiedene Gegner der zunehmenden Diskussion für und wider die NATO in der Friedensbewegung auftraten.

Es geht also im Grunde genommen nicht um die Frage „Bewegung von unten oder Steuerung von oben“ — die Gründung eines christlichen Friedensrats ist übrigens bereits geplant —; es geht darum, welchen Charakter die Friedensbewegung haben soll, wofür sie wie kämpfen soll. Diese Frage sollte allerdings politisch ausgetragen werden, und zwar nicht nur im Koordinationsausschuß, sondern in der Friedensbewegung insgesamt und nicht durch den machttaktischen Poker einiger Organisationen entschieden werden.

Denn ein solches Vorgehen muß notwendigerweise die Friedensbewegung schwächen. In diesem Sinne hat Jo Leinen recht, wenn er auf der letzten Sitzung des Koordinationsausschusses an die Adresse der Antragsteller gerichtet sagte: „Sollen wir uns selber abrüsten, während der Gegner aufrüstet?“



Material und Dokumente zu Air-land Battle 2000 und der Kriegsführungsstrategie der NATO
Airland Battle, Rogers-Plan etc. werden anhand von Original-Dokumenten erläutert. Besonders eingegangen wird auf die Rolle der BRD und die Kriegsziele der BRD im Rahmen der NATO. (DIN A4, ca. 40 bis 50 Seiten, 4,— DM zuzüglich Porto)



Ausgerechnet in einem ehemaligen Konzentrationslager

Interessanterweise kam die Nachricht aus Washington und nicht aus Bonn. Auf einer Pressekonferenz im Anschluß an seine Gespräche mit der US-Regierung teilte Bundeskanzler Kohl mit, daß er vorhabe, am 8. Mai 1985, dem 40. Jahrestag der endgültigen Niederlage des Hitler-Regimes, in einem ehemaligen Konzentrationslager eine Gedenkrede zu halten.

Ausgerechnet. Ausgerechnet der Mann, der in Israel verkündet, daß die HIAG, die Hilfsgemeinschaft ehemaliger Soldaten der Waffen-SS zu Recht im Verfassungsschutzbericht seines Innenministers nicht mehr als rechtsextreme Organisation auftaucht. Ausgerechnet der Mann, der gegen den Willen der deutschen Bevölkerung den Stationierungsbeschuß für die amerikanischen Mittelstreckenraketen durchboxt und damit die Voraussetzungen für einen atomaren Ernstschlag der USA von deutschem Boden aus schafft. Ausgerechnet der Mann, der als erster bundesdeutscher Kanzler seit Jahrzehnten als offizieller Redner auf zentralen Treffen der Vertriebenenverbände auftaucht.

Aber es kommt noch schlimmer. Denn wie auf der gleichen Pressekonferenz bekanntgegeben wurde, wird möglicherweise auch Ronald Reagan auf der von Kohl geplanten Gedenkfeier sprechen. Genscher und sein US-Kollege Shultz sollen prüfen, ob dieser Tage im Rahmen einer deutsch-amerikanischen Feier begangen werden kann. Ronald Reagan also als Hitler-Gegner in einem ehemaligen KZ, während die USA gleichzeitig dafür sorgen, daß in Konzentrationslagern in Chile, in El Salvador und in anderen Ländern tausende zu Tode gefoltert werden. Ronald Reagan, der Krokodilstränen über die Opfer des II. Weltkrieges vergießt, während er gleichzeitig einen dritten Weltkrieg vorbereitet und — wenn er könnte wie er wollte — lieber heute als morgen in Nicaragua einfallen würde.

Eine solche Gedenkfeier wäre eine Verhöhnung der Opfer des Hitler-Faschismus und des II. Weltkrieges. Sie wäre eine Provokation. Die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik darf so etwas nicht zulassen.

Zivilschutz:

Kriegsvorbereitung

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann will nicht nur den deutschen Wald retten, sondern auch die Bundesbürger im „Verteidigungsfall“. Der neue Entwurf des Zivilschutzgesetzes vom Bundesinnenministerium, der vom Sirenengeheul über den Schutz des Kulturgutes bis hin zum Gesundheitswesen alles reglementieren möchte, schränkt die Grundrechte deutlich ein.

Die Unionsfraktion will, daß alle Bauherren ab 1986 oder 1987 Schutzräume bauen müssen. Obwohl von der steuerlichen Absetzbarkeit der Baukosten über Unterhalt und Nutzung bis hin zur Wertermittlung alles in dem Entwurf fein säuberlich aufgeführt wird, ist bisher unklar, wie die Bunker auszuweisen haben, in denen die Bevölkerung überleben soll. Deutlich wird nur, daß der Sinn des Gesetzes das Vorgaukeln einer Versorgungssicherheit ist.

Ein Schutzraum sei immerhin „besser als gar nichts“, denn auch ein „konventionelles Kriegsbild“ sei in Rechnung zu ziehen, teilte ein Vertreter des Innenministeriums am 20.11. der Presse mit. Der neue Gesetzentwurf steht damit in einem engen Zusammenhang mit den offensiven Militärkonzepten der NATO. Die Bonner Führungsriege bezieht einen Krieg in Europa in ihre Planung mit ein.

Wo es lang gehen soll, erklären die Beamten im Paragraph 57 ihres Entwurfes unverblümt:

„Die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit (...), der Freiheit der Person (...), der Freizügigkeit und der Unverletzlichkeit der Wohnung (...) werden nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt. Eingeschränkt werden soll auch die ärztliche Schweigepflicht im Katastrophenfall. Denn Mediziner und Krankenhäuser haben „auf Verlangen Auskünfte (...) zu erteilen und das Betreten ihrer Grundstücke zu dulden“. Häufig finden sich Formulierungen wie „Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt...“ oder „Die zuständige Behörde kann anordnen...“

Ermächtigt werden die zuständigen Behörden beispielsweise nach Paragraph 38, jeden männlichen Bundesbürger über 18 Jahre als Zivilschützer einzuberufen, wenn er nicht zur Bundeswehr einrücken muß. Die Heranziehung erfolge durch „einen schriftlichen Bescheid“ und könne in Notfällen „mündlich, fernmündlich oder durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen“. Verstöße gegen diese Zwangsanordnung können nach dem neuen Gesetzentwurf mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden.

Der Gesetzentwurf enthält eine Fülle von Verordnungen, die die Grundrechte einschränken.

Er ist ein kleiner Teil einer immensen Kriegsvorbereitung der westlichen Imperialisten.

M. Sch.



Soldaten bei einer Aktion der Friedensbewegung — ein Bild, das man nicht oft sah

Massenhaft verweigern — oder Friedensarbeit in der Bundeswehr?

Korrespondenz

Unter diesem Motto stand eine Diskussionsveranstaltung am 27. 11. 1984, zu der die KJD/Düsseldorf eingeladen hatte. Die KJD/Düsseldorf wollte mit dieser Veranstaltung ihren kontroversen Beitrag zu den Tagen der Verweigerung leisten, die von der Friedensbewegung im November durchgeführt wurden.

Zwischen 25 und 30 Teilnehmer nahmen an der Diskussionsveranstaltung teil. Erstaunlich war das politisch doch recht breite Spektrum, daß der Einladung der KJD zur Veranstaltung folgte. Es waren Vertreter bzw. Mitglieder folgender Organisationen anwesend: VVDM (Soldatengewerkschaft aus Holland), ein Vertreter des „Soldatenaufbaus“, „Kämpfende Jugend“ (Zeitung des BDJ), DFG-VK Düsseldorf, Düsseldorf Initiative gegen Atomraketen, SDAJ und Mitglieder des MAB (Marokkanischer Arbeiterbund).

Bewußt wurde mit dieser Veranstaltung eine kontroverse Diskussion über die Frage: Kriegsdienstverweigerung oder antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr gesucht. Erwartungsgemäß legten die Vertreter der DFG/VK ihre politische Position der Kriegsdienstverweigerung dar. Ihr Hauptargument: „Durch die Kriegsdienstverweigerung dem Militarismus den Boden entziehen.“

Interessant war dabei, daß sich die DFG/VK ausdrücklich

gegen Positionen abgrenzte, die die einfachen Soldaten als Mörder und für einen Krieg mitverantwortlich, bezeichnen. Diese Position gibt es als Strömung unter Kriegsdienstverweigerern. Die DFG/VK betonte weiter, daß sie einer antimilitaristischen Arbeit oder einer gewerkschaftlichen Arbeit in der Bundeswehr ausgesprochen positiv gegenüber stehe. Nur im Zusammenspiel von Kriegsdienstverweigerung auf der einen Seite, antimilitaristischer Arbeit beim Bund und Totalverweigerung könne letztlich dem Militarismus der Boden entzogen werden. Wobei es den Vertretern des DFG/VK aber auch darauf ankam, klarzustellen, daß sie als Organisation nur die Kriegsdienstverweigerung propagieren, im vollen Bewußtsein, daß so auch die Kräfte geschwächt werden, die eine antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr entfalten wollen.

Kontrovers und stellenweise leider sehr polemisch verlief die Diskussion über Möglichkeiten und Erfahrungen der Soldatenarbeit. Bedauerlich, daß es in

dieser Diskussion, dem Vertreter des „Soldatenaufbaus“ und der „Kämpfenden Jugend“ in der Hauptseite darum ging, sich von ihrer Meinung nach falschen Konzeptionen der Soldatenarbeit abzugrenzen. So wurden von ihnen die Ansätze zur gewerkschaftlichen Soldatenarbeit (AKWPs — Arbeitskreis Wehrpflichtiger im DGB) und die Arbeit der Friedensinitiativen in den Kasernen ziemlich pauschal als falsch und direkt schädlich angegriffen.

So kam auch Thomas, der Vertreter der VVDM aus Holland, leider oft nur aus einer „Verteidigungsposition“ zu Wort, um an Beispielen aus Holland zu zeigen, daß eine gewerkschaftliche Soldatenarbeit möglich und nützlich ist. Er betonte, daß er sich eine politische antimilitaristische Arbeit in den Kasernen, die in breiterem Maßstab Soldaten erfaßt, auch nur auf der Grundlage einer entfalteten gewerkschaftlichen Arbeit, die die täglichen sozialen und demokratischen Forderungen der Soldaten aufgreift, vorstellen kann. — Schade, daß es nicht möglich war, ausführlicher mit Thomas über die Erfahrungen der VVDM zu diskutieren, um daraus auch für die antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr mehr zu lernen.

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief

Haushaltschemie

Liebe Freunde vom „Roten Morgen“, vor mir liegt die neueste Nummer des RM, und mich packt die Wut über die Berichterstattung zur Chemie im Haushalt („Sauberes Gift“, Seite 7).

Der Aufhänger mit dem Topjob ist ja gut gewählt und sachlich richtig; nur, was anschließend kommt, liest sich wie eine Zusammenfassung des Buches „Chemie im Haushalt“ (Rowohlt 1984, erarbeitet von der Katalyse-Umweltgruppe und anderen), die von jemand erarbeitet wurde, der beim Lesen den Kopf ausschaltet hat. Aber gerade eine linke Zeitung — vielleicht die linke Zeitung — darf so etwas nicht veröffentlichen. Was heißt denn materialistisches Denken im Alltag? Doch zu überprüfen, was einem so vorgesetzt wird und dann selbstständig zu entscheiden. Also: Die Autoren von „Chemie im Haushalt“ liefern dem Leser das Material für solch ein selbstständiges Urteil. Wenn man natürlich nicht zwischen anionischen und kationischen Tensiden unterscheiden kann und auch keinen Kollegen danach befragt, und deswegen alle Tenside global zum Sündenbock erklärt, ist das einfach dumm.

Zur Aufklärung: Ganz normale Seife, wie Olivenseife oder ähnliches, gehört in die Gruppe der anionischen Tenside und ruft bei sparsamem Gebrauch im allgemeinen keine Allergien und Schleimhautreizungen hervor und ist biologisch abbaubar. Dagegen begünstigen die kationischen Tenside in den Weichspülern Hautkrankheiten und führen zu einem erhöhten Waschmittelverbrauch — aus weiteren chemischen Gründen mehr in den höheren Temperaturbereichen — führen, was — klar — nur dem Waschmittelhersteller und sonst nix und niemandem nützt.

Übrigens: Die BRD ist das Land mit dem zweitgrößten Verbrauch an synthetischen Tensiden pro Kopf und Jahr (obiges Buch, Seite 66). Sauberer als in anderen Ländern ist deshalb weder der einzelne noch der Staat.

Fazit: Stellt in Zukunft lieber dar, wie jeder einzelne den Chemiekonzernen zu ihren Gewinnen verhilft, zum Beispiel über eine verständliche Darstellung chemischer Vorgänge im Haushalt, anstatt so einen unqualifizierten Rundumschlag zu verfassen. Ich glaube, jede(r) einzelne Leser(in) wird selbst Schlussfolgerungen daraus ziehen können.

Mit solidarischen Grüßen,
E. B. aus Essen

P.S.: Falls ihr den Brief veröffentlicht, könnt ihr euch die Mühe sparen, ihn in Großschreibung zu transponieren. Es gibt eine starke Gruppe bei den Pädagogen, die gerade die Großschreibregeln (und andere Rechtsschreibregeln) nur als Schikane, sprich Disziplinierungsinstrument aus Preußens Zeiten einschätzen. (Geht trotzdem nicht — Lesegewohnheiten spielen da auch eine Rolle — die Redaktion).

Zweitens: Ich nehme stark an, daß ihr mit keine Infoschriften schickt, nur weil ich euch einen Leserbrief geschrieben habe. Bei der UZ (lese ich öfter bei meinem Freund) ist mir das nämlich passiert. Ein Leserbrief — schwupps, war das Propagandamaterial da.

Drittens wollte ich euch noch sagen, daß ich ganz froh bin, den RM wieder abonniert zu haben. Einiges steht nur im RM und ist eben wichtig (z.B. die Einschätzung von Indira Gandhi).

Nicaragua

Liebe Genossen von der Redaktion! Der Artikel „Solidarität mit Nicaragua — Was wir hier tun müssen“ (RM 48, S. 7) ist für die Diskussion um die Ausweitung der Nicaragua-Solidarität sicherlich nützlich, doch

bleibt für mich die Frage unbeantwortet, die ich mir schon bei dem Aufruf zur Unterstützung (!) der Aktionswoche „Für das Recht auf Arbeit und Bildung“ (RM 46, S. 8) stellte: „Was ist eigentlich unsere Aufgabe als Kommunisten in einer solchen Bewegung?“ Sollen wir uns überall, wo eine Bewegung existiert, dranhängen und kommentarlos mitmachen, oder ist es nicht eigentlich unsere Aufgabe, unseren kommunistischen Standpunkt darin zu vertreten und zu versuchen, über unsere Standpunkte den politischen Meinungskampf zu entfachen und die Bewegung in die richtige Richtung zu „bewegen“?

1. Zur Aktionswoche: Wenn den Organisatoren dieser Woche als Antwort auf die gesellschaftlichen Zustände nichts Konkretes einfällt als ein „Recht auf Arbeit und Bildung“ zu fordern, so ist es bezeichnend für den reformistisch-revisionistischen Umkreis, in dem das Ganze geboren wurde. Solche Stoßrichtungen auch noch durch eine kritiklose Übernahme zu unterstützen, ist schon stark!

Zumindest sollte unsere Orientierung in dieser Bewegung, wie sie z.B. von KS oder hoffentlich auch KJD formuliert wird, mit abgedruckt werden, um den Genoss(innen) vor Ort politisch-inhaltliche Stützen für das Eingreifen zu geben. (Wie es z.B. in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche geschah).

2. Nicaragua: Warum verteilt die KPD überhaupt Flugblätter auf dieser Demo (3.11.), bzw. in deren Vorfeld, die sich im Wesentlichen nicht von denen antiamerikanischer Gruppen unterscheiden? Nur damit der Name KPD bekannter wird?

Als Kommunisten, denke ich, haben wir über die Mithilfe beim Aufbau einer antiamerikanisch-demokratischen Solidaritätsbewegung hinaus die Aufgabe, kritische Solidarität mit Nicaragua zu üben. Und dazu gehört es ohne Zweifel, die Rolle der SI und von Willi Brandt aufzudecken. Und zwar im Flugblatt, nicht erst herausgefordert durch einen Leserbrief im RM! Niemand verlangt ja, daß das der Hauptinhalt unserer Kampagne sein soll.

Als Kommunistische Partei, die ein eigenes Profil entwickelt und eine tatsächliche Berechtigung im Kampf um eine sozialistische Gesellschaft hat, können wir nur überleben, wenn wir unsere eigenen Standpunkte innerhalb der fortschrittlichen Bewegung der BRD vertreten und für deren Durchsetzung Mitstreiter(innen) gewinnen. Das tun wir nicht, wenn wir als Anhängel aufzutreten.

Kleiner Nachsatz I: Die Entwicklung der Revolution in Portugal mit dem Satz abzutun „ausschlaggebend für die Niederlage der portugiesischen Revolution war und ist die Entwicklung der inneren Kräfteverhältnisse“ spricht doch von einer gewissen Blindheit der Tatsache gegenüber, wie gerade imperialistische Politik von außen „innere Kräfteverhältnisse“ in weniger entwickelten Ländern zu beeinflussen vermag.

Kleiner Nachsatz II: Vielleicht sollten die Redakteure aus dem wirklich hervorragenden Band von Michael Schneider „Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom“, den sie ausdrücklich empfehlen, einige Auszüge veröffentlichen. Denn darin wird auf eindringliche Weise die dialektisch-materialistische Methode beim Beurteilen von Sachverhalten vor Augen geführt. Gerade dem Schwarz-Weiß-Denken des „Nur gut — nur Schlecht“ wird darin eine Absage erteilt; z.B. wenn Veröffentlichungen von Autoren nach guten und schlechten Bestandteilen hin untersucht werden und so eine kritische Würdigung stattfindet.

Ausgezeichnet auch seine Beschreibung der 68er-Revolution, die karrieremachend zu apokalyptischen Sesselfurzern verkommen sind und objektiv mit ihrem perspektivlosen Geseiere in der Öffentlichkeit die Geschäfte der Reaktion verfolgen. Auch hier gilt es aufmerksam zu sein; mit manch einem dieser vermeintlich fortschrittlichen „Vorzeige-Intellektuellen“ wird (z.B. weil sie sich gegen Atomrüstung aussprechen, die an-

geblich zum Weltuntergang führe) versucht, linke Politik zu betreiben. Rote Grüße
H. W., Oldenburg

Politische Inkonsequenz

Liebe Genossen!
Im RM Nr. 48/84 vom 30. November werden in dem Artikel „Was wir hier tun müssen“ politische Aufgaben für die Nicaragua-Solidarität in der BRD benannt. Dabei wird auch Bezug genommen auf einen von uns im RM Nr. 47/84 abgedruckten Leserbrief zur „mangelnden Kritik an der SPD“. Wir halten eine der beiden von euch gezogenen Schlussfolgerungen für die Aufgaben der Antiamerikanisten für politisch inkonsequent und falsch. Wir meinen auch, daß es hier nicht um Nicaragua geht, sondern um die politische Herangehensweise an wichtige taktische Fragen überhaupt. Aus letzterem Grund wollen wir auch noch einmal die Leserbriefseite bemühen und einige Fragen an euch stellen.

Eines zur Klarstellung: Auch wir meinen — wie ihr —, daß eine breite Solidaritätsbewegung aufgebaut werden muß, um die Invasionsabsichten Washingtons zu erschweren, und daß deren Grundlage nicht der revolutionäre Antiamerikanismus sein kann. Sondern die Bewegung muß möglichst alle Menschen umfassen, die, wie ihr richtig schreibt, „einfach für das Recht eines jeden Volkes auf eigenständige und selbstbestimmte Entwicklung eintreten und imperialistische Gewaltpolitik ablehnen“. (Ähnliches gilt ja z.B. auch für die NATO-Austritts-Bewegung, wenn sie eine breite Bewegung werden soll.)

Aber hierzu zwei Fragen: 1. Ist es nicht eine Realität, daß neben den USA und der mit ihr verbündeten Bundesregierung, also neben den Vertretern der „imperialistischen Gewaltpolitik“, auch — natürlich auf ihre spezifische Weise — die SPD und die von ihr geführte „Sozialistische Internationale“ (SI) das Recht des nicaraguanischen Volkes „auf eigenständige und selbstbestimmte Entwicklung“ beschneidet und mißachtet?

2. Bedeutet für euch die Notwendigkeit der Verbreiterung der Antiamerikanischen Bewegung den Verzicht auf eine Kritik an der SPD? Bedeutet die richtige Einschätzung, daß für eine breite Bewegung der revolutionäre Antiamerikanismus nicht die Grundlage sein kann, daß er in der breiten Bewegung deshalb auf sein eigenes Profil verzichtet und in ihr aufgehen muß? Oder, konkret auf den Fall des Brandt-Austritts in Bonn bezogen, haltet ihr es deshalb für falsch, sich — wie ihr dies provokativ uns gegenüber formuliert — „auf die Seite derer zu schlagen“, die Willy Brandt nicht einladen wollten und die dann, als er dann dank SPD/DKP-Mehrheit doch eingeladen war, ihn in Bonn auspfiffen?

Wenn das letztere der Fall ist, dann bedeutet das unseres Erachtens, daß ihr politisch inkonsequent seid. Denn zum einen schreibt ihr ja selbst: Der in unserem Leserbrief geäußerte „Hinweis auf den Beitrag, den SPD und Sozialistische Internationale zum Abwürgen des revolutionären Prozesses in Portugal geleistet haben, ist selbstverständlich in hohem Maße gerechtfertigt.“ Und was die SI in Portugal gemacht hat, hat sie auch in Nicaragua vor; und Tausende anderer Beispiele für die politische schädliche Rolle der SPD-Einmischung wären zu nennen. Aber ihr fordert dennoch faktisch, daß man „ausgerechnet den profiliertesten Vertreter dieser Politik, den Chef der SI, die Heilige Kuh der Sozialdemokratie, nämlich Willy Brandt, offenbar einladen sollte und als Redner nicht auspfiffen darf, nur weil er sich in Worten mit Nicaragua solidarisch erklärt und sich gegen die US-Invasion ausspricht!“

Um es noch einmal klar zu sagen: Wir haben nichts dagegen, wenn Leute wie etwa Pfarrer Gollwitzer oder Alfred Mechttersheimer oder H. Böll oder erst recht Jo Leinen usw. sich gegen eine Invasion aussprechen und so auch zur

Verbreiterung der Solidaritätsbewegung beitragen. Aber wir denken, jeder Kommunist und Revolutionär sollte etwas dagegen haben, daß ausgerechnet der Chef der Welt-Sozialdemokratie als Starredner eingeladen wird, daß immer und immer wieder die SPD-Führung es schafft, oppositionelle und fortschrittliche Bewegungen in ihr sozialpartnerschaftliches, parlamentarische, systemstabilisierendes Fahrwasser zu leiten und abzuwürgen! Frage also: Ist nicht gerade die Integrationsfähigkeit durch die SPD ein grundsätzliches politisches Problem, das der Linksentwicklung im Wege steht, mit dem wir als Partei immer wieder konfrontiert werden?

Die Gefahren, die hier bestehen, sind doch nicht von der Hand zu weisen. Das führt uns doch „wunderschön“ immer wieder die DKP vor — um das mal plastisch zu veranschaulichen: Die DKP predigt stets „die breiteste Breite ist die stärkste Stärke“. Damit versucht sie zu rechtfertigen, daß allein die Quantität (die Zahl von Demonstranten oder Unterschriften) zählt, um politisch etwas zu erreichen. Und sie versucht dabei zugleich, die Diskussion über Inhalte, über die Qualität politischer Aktivitäten zu unterbinden, revolutionäre Standpunkte zu unterdrücken und als „sektiererisch“ und „provokatorisch“ zu diffamieren. Das führt dazu, faktisch den eigenen Standpunkt aufzugeben, wenn er über den Bewußtseinsstand des am wenigsten fortgeschrittenen Teils der Masse hinausgeht, sich an vorherrschende politische Strömungen anzupassen und ihnen letztlich die Führung zu überlassen: so in der Friedensbewegung z.B. den kirchlichen und sozialdemokratischen Kräften. Wir sagen nun nicht, daß die Quantität gar nicht zählt. Aber wir haben doch auch erfahren müssen, daß auf diese Weise die Raketen-Stationierung nicht verhindert werden konnte und zahlreiche Menschen heute resignieren. Und auch das Auftreten eines Björn Engholm in der Schüler- und Studentenbewegung hat uns der Rücknahme des BAFOG-Darlehens keinen Zentimeter näher gebracht.

Der Punkt ist doch der: Die KPD hat doch bisher gerade dort am besten Fuß fassen können — nämlich in der linken Gewerkschaftsopposition und in der Ausländerbewegung —, wo sie sich mit eigenen politischen Positionen profilierte, die einerseits am Bewußtsein und den Mobilisierungsmöglichkeiten der Massen anknüpfte, die zugleich aber in der Auseinandersetzung und in Abgrenzung zur Politik der Sozialpartnerschaft und des Reformismus entwickelt wurde. Und ausgerechnet in der Mittelamerika-Solidarität, wo die Verankerung des Reformismus bzw. der SPD ohnehin nicht so stark ist wie in Betrieb und Gewerkschaft, da sollen wir auf die Auseinandersetzung und die Abgrenzung vom SPD-Reformismus, auf die Ablehnung der SI-Einmischungspolitik verzichten?

Um zum Schluß zu kommen: Ihr habt in eurem Artikel sehr recht ein entscheidendes politisches Kriterium aufgestellt, an dem der Erfolg der Antiamerikanisten und die Verbreiterung der Solidaritätsbewegung gemessen werden sollten: „Washington und Bonn klar zu machen, daß der politische Preis für eine Invasion in Nicaragua sehr hoch sein wird.“ Stimmt. Ihr habt recht, wenn ihr meint, daß man einen derartigen politischen Druck nicht ausüben kann, wenn die Bewegung auf die 10000 bis 15000 Antiamerikanisten von heute beschränkt bleibt. Da ist natürlich auch die Quantität gefragt. Aber ebenfalls ist der politische Preis für eine Invasion solange nicht sehr hoch, solange die Hunderttausenden, die eine Solidaritätsbewegung umfassen müßte, weiterhin ungeduldet an die SPD und Kirchen glauben und Vertrauen in Leute wie Brandt setzen, solange also nicht ihr Vertrauen in den bürgerlichen Staat einen weiteren deutlichen Knacks erfährt. Kann das aber geschehen, wenn man in einer solchen Bewegung ausgerechnet der SPD-Führung weitgehend freie Hand läßt?

Mit revolutionärem Gruß
D. und D. aus Oldenburg

Schenken macht Freude!

Es ist schon ein schönes Gefühl, wenn man zu Weihnachten mit seinem Geschenk so einen richtigen Volltreffer landen kann. Da kommt dann echte Freude auf. Aber Schenken ist auch schwer. Wie soll man den persönlichen Geschmack des zu Beschenkenden treffen? Unsere Redaktion hilft da ja, gibt Geschenktips. Bei vielen herrscht ja auch die Unsitte, zu einem Geschenkartikel den Kassensbon gleich mitaufzubewahren und mitzuverschenken. Dann kann man dem Beschenkten sagen: „Wenn's dir nicht gefällt, kannst du es ja umtauschen“. So bleibt dann vom Geschenk nur noch sein schöner Tauschwert übrig. Wirklich eine sehr unpersönliche Art zu schenken. Wir machen es euch da viel einfacher, wir sagen euch lange vor Weihnachten, womit ihr unseren persönlichen Geschmack haargenau treffen könnt:

Schenkt uns echtes Geld!

Wo ihr doch so reichlich davon habt, jetzt, wo das viele Weihnachtsgeld bei euch eingetroffen ist. Sicher, wir lieben auch die kleinen Scheine und den blauen, aber am meisten freuen wir uns doch immer wieder über den braunen Riesen. Überweisung massenhaft erbeten auf Konto:

KPD, 4600 Dortmund 30
Stadtparkasse Dortmund, Kto. 321004547 BLZ 44050199
Postscheckamt Dortmund, Kto. 6420-467

Keine Mark Steuern an den Staat verschenken!

Achtung, Genossen, ganz wichtig! Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommenssteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ihr den Differenzbetrag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

Diese neuen Regelungen wurden in Bonn im Zuge der Spendenaffäre zusammengeklammert, um den bürgerlichen Parteien diesmal auf legalem Wege riesige Summen aus Steuermitteln zuschanzen zu können. Abstinenz sein, nutzt uns hier wenig. Nutzen wir sie massenhaft aus, um revolutionäre Arbeiterpolitik zu finanzieren.

Seit der letzten Veröffentlichung sind folgende Spenden bei uns eingegangen:

Spenden für die KPD

KPD Westfalen-Lippe	100,—
KPD Weser-Ems	410,—
KPD Westberlin	260,—
KPD Hessen	55,—
W.K., Essen	40,—
W.H. München	100,—
WVL, Dortmund	30,—
KPD Allgäu	100,—
B.S., Karlsruhe	75,—

insgesamt 1170,—

Damit sind für die Partei in diesem Jahr insgesamt 30512,07 Mark an Spenden bei uns eingegangen.

Spenden für den Roten Morgen

M.P., Duisburg	30,—
J.H., Coburg	10,—
P.K., München	500,—
U.F., Gelsenkirchen	12,—
KPD Köln	250,—
H.D., Bad Homburg	35,—
R.G., Münster	200,—
E.H., Frankfurt	92,—
KPD Allgäu	100,—

insgesamt 1229,—

Damit sind bisher 7048,95 DM an Spenden für den Roten Morgen bei uns eingegangen.

Spenden für die britischen Bergarbeiter

Thälmann-Buchhandlung, Hamburg	50,—
Thälmann-Buchhandlung, Hamburg	200,—
G.H., Dortmund	100,—
H.L., Köln	13,—
KPD Allgäu	100,—
Sch., Bremen	400,—
KJD Wilhelmshaven	50,—

insgesamt 913,—

Damit sind für die britischen Bergarbeiter bisher 6815,10 DM an Spenden bei uns eingegangen.

Allen Genossinnen und Genossen herzlichen Dank!

Geplante Reform des Scheidungsrechts

Die Frauen sind die Dummen

Wenn alles nach dem Willen der Bundesregierung läuft, soll es bereits am 1. 1. 1985 Gesetz sein: das reformierte Scheidungsrecht. Angeblich soll im wesentlichen alles beim alten bleiben, insbesondere das jetzt geltende Zerrüttungsprinzip nicht durch ein wiedereingeführtes Schuldprinzip ersetzt werden. Angeblich soll das reformierte Scheidungsrecht deshalb auch nur in ganz besonderen Einzelfällen zu anderen Urteilen führen als bisher. Beides sind Zweckklagen der Befürworter der Scheidungsreform.

Das sieht man schon daran, daß das Bundesjustizministerium damit rechnet, daß es dann, wenn das reformierte Scheidungsrecht in Kraft tritt, zu 100.000 Wiederaufnahmeverfahren von Scheidungsfällen seit dem 1. Juli 1977 kommen wird. Und das, obwohl solche Wiederaufnahmeverfahren nur dann zugelassen werden sollen, wenn mit „wesentlichen“ Änderungen der Unterhaltszahlungen zu rechnen ist. Bei diesen Zahlen aber kann ja wohl von Einzelfällen keine Rede sein.

Tatsächlich soll die Reform des geltenden Scheidungsrechts eben doch durch die Hintertür — über die Unterhaltsregelung — das bis 1977 geltende Schuldprinzip wieder einführen. Die Dummen dabei sind die Frauen, die für Mann und Kinder ihren Beruf und damit ihre finanzielle Unabhängigkeit geopfert haben. Denn wenn die geplante Reform des Scheidungsrechts Gesetz wird, stehen sie nach einer Scheidung unter Umständen ohne einen Pfennig Unterhalt da — genau wie vor dem 1. 7. 1977.

Gründe für eine Herabsetzung des Unterhalts, für seine zeitliche Begrenzung oder seine völlige Streichung gibt es viele im geplanten neuen Scheidungsrecht. Ein Grund soll z.B. ein sogenanntes schweres Fehlverhalten der Ehefrau (denn um sie geht es ja in aller Regel) sein. Über das, was als ein solches „schwerwiegendes Fehlverhalten“ zu bewerten ist, existiert bereits heute eine Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes. „Schweres Fehlverhalten“ ist danach z.B. mehrfacher Ehebruch. „Schweres Fehlverhalten“, das sich auf die Unterhaltspflicht des Mannes auswirkt, muß sich aber nicht während der Ehe abspielen. Auch wenn die Ehefrau nach der Trennung mit einem anderen Mann vorübergehend zusammenzieht oder das eingetragene, was im Juristendeutsch „Intimver-

hältnis“ heißt, legt sie ein „schweres Fehlverhalten“ an den Tag, für das sie im Scheidungsverfahren mit herabgesetztem Unterhalt oder mit Streichung des Unterhalts bestraft werden kann.

All dies hat aber laut Justizminister Engelhard nichts damit zu tun, daß die Familienrichter in Zukunft wieder Moralapostel spielen und gemeinsam mit den Ehepartnern schmutzige Wäsche waschen sollen. In einer Erklärung von Justizminister Engelhard zur Scheidungsreform heißt es dazu: „Es ist deshalb abwegig zu behaupten, der Richter sei demnächst wieder

meinen Gerechtigkeit“ geraten. Der Mann, der seinen Beruf und sein Einkommen hat, nicht.

Grund für Begrenzungen oder Streichung des Unterhalts soll es aber auch sein, wenn die Frau z.B. durch „üble Nachrede“ das Einkommen ihres bisherigen Mannes gefährdet, wenn sie ihre Pflicht, zum Familienunterhalt beizutragen, gröblich verletzt usw. Eine große Rolle für die Regelung des Unterhalts soll in Zukunft auch die Dauer der Ehe spielen.

Und schließlich gibt es noch einen besonders empörenden Grund für die mögliche zeitliche Begrenzung des Unterhalts — die Arbeitslosigkeit nämlich. Arbeitslosigkeit ist heute der häufigste Tatbestand, nach dem Unterhalt zugesprochen wird. In Zukunft soll das anders werden. Begründung des Justizministeriums dafür: die herrschende Arbeitslosigkeit. Wenn geschiedene Frauen, so Justizminister Engelhard in der schon er-

aber auch nicht ohne weiteres Geld. Erst werden die Eltern oder die vielleicht schon erwachsenen Kinder zur Kasse gebeten. Engelhard begründet diese Neuregelung so, daß das allgemeine Arbeitsplatzrisiko nicht privatisiert werden dürfe. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Tatsächlich ändert die Neuregelung aber an der Privatisierung ja gar nichts. Der Unterschied zur geltenden Bestimmung ist lediglich, daß jetzt die Frau ganz allein dieses Risiko und seine Folgen zu tragen hat.

Neu festgelegt werden soll auch das Kriterium, nach dem sich die Unterhaltszahlung bemisst. Nach geltendem Recht ist dieses Kriterium der eheliche Lebensstandard. Engelhard dazu in seiner Erklärung: „Eine derart uneingeschränkte Lebensstandardgarantie läuft auf ein Standesdenken hinaus, das heutigen Lebensanschauungen nicht mehr entspricht.“ Und weil das Standesdenken so über-

den auch beruflich aufstieg. Auch hier muß die Frau also für die gescheiterte Ehe bezahlen, der Mann nicht.

In einem Aufwasch mit der Neuregelung der Unterhaltszahlung will die Bundesregierung auch die bestehende Regelung über den Zugewinnausgleich, also über die Aufteilung des in der Ehe erworbenen Vermögens, neu regeln. Die Überschrift in dem entsprechenden Abschnitt der Erklärung von Justizminister Engelhard heißt: „Keine Verschleuderung des Familienvermögens“. „Verschleuderung“ des Familienvermögens ist es für Justizminister Engelhard offenbar, wenn die Ehefrau den ihr zustehenden Anteil dieses Vermögens auch be-

kommt. Das reformierte Scheidungsrecht erweitert nämlich die Möglichkeiten, diese Vermögensaufteilung nicht sofort zu vollziehen, sondern auf einen späteren Termin zu verschieben.

Diese Reform des Scheidungsrechts ist ein typisches Stück Familienpolitik der Wenderegierung. Die Statistik zeigt, daß die Zahl der Scheidungen in den letzten Jahren gestiegen ist und sie zeigt auch, daß vorwiegend Frauen die Scheidungen einreichen. Wie kann man die Scheidungszahlen also senken? Für die Regierung ein klarer Fall: indem die Reform von 1977 wieder rückgängig gemacht und Frauen, die sich scheiden lassen wollen, bestraft werden.

Entwicklung der Zahl der Scheidungen NACH Inkrafttreten des neuen Scheidungsrechts

Jahr	Zahl der Scheidungen gesamt	von Frauen eingeleitete Scheidungen	von Männern eingeleitete Scheidungen
1978	32.462	54,8%	37,4%
1979	79.490	57,5%	33,4%
1980	98.222	58,8%	31,8%
1981	109.520	59,4%	31,5%
1982	118.483	—	—

Angaben nach Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende kleine Anfrage, Bundesdrucksache 10/1752. Die Zahl der Scheidungen für 1983 lag zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor, wurde aber von der Bundesregierung auf ca. 122.000 geschätzt.

gehalten, den Moralapostel zu spielen. Hat aber ein Ehegatte die Grundlagen nachehelicher Solidarität einseitig zerstört, so kann dies schon aus Gründen allgemeiner Gerechtigkeit nicht ohne Auswirkungen auf einen Unterhaltsanspruch bleiben.“ (FR, 19. 9. 84)

Mal ganz abgesehen davon, daß es die hier beschworene „Einseitigkeit“ in Wirklichkeit nicht gibt. Die von Engelhard bemühte „allgemeine Gerechtigkeit“ entpuppt sich bei näherem Hinsehen als frauenfeindliche Ungerechtigkeit. Denn nur sie, die ihre finanzielle Unabhängigkeit der Familie geopfert hat, kann ja überhaupt in die Klauen dieser angeblich „allge-

währten Erklärung, heute keine Arbeit mehr finden, dann hat das im Gegensatz zu früher nichts mit ihrer Familientätigkeit während der Ehe zu tun, sondern mit dem heute herrschenden „allgemeinen Arbeitsplatzrisiko“. Dafür kann der Mann aber nichts. Und deshalb ist im reformierten Scheidungsrecht eine zeitliche Begrenzung der Unterhaltspflicht für den Fall der Arbeitslosigkeit der Ehefrau vorgesehen.

Für die Frauen bedeutet das: sie werden zum Sozialfall. Denn Arbeit bekommen sie nicht, Arbeitslosengeld aber auch nicht, wenn sie länger als drei Jahre Hausfrau und Mutter waren. Beim Sozialamt bekommen sie

holt ist, soll der Unterhalt wohnach bemessen werden? — „beispielsweise nach dem Lebensstandard des Berechtigten vor der Ehe“! Diese Neuregelung wird nicht so wenige Frauen betreffen, wie es auf den ersten Blick aussehen mag. Denn es geht ja in Wirklichkeit nicht um den armen Chefarzt, der das Opfer einer geldgierigen Mitgiftjägerin wurde, wie es die Presse gerne darstellt. Es geht in Wirklichkeit um all die Frauen, die nach wenigen Berufsjahren oder sofort nach der Ausbildung aus dem Erwerbsleben ausschieden und dann Hausfrau und Mutter waren, während ihr Mann in dieser Zeit seinem Beruf nachging und unter Umstän-

nichts an? Das war aber nur die erste, haarsträubende Kategorie von Gegenargumenten.

Politisch ernsthafter zu betrachten sind solche Argumente, die darauf abzielen, das wichtigste für die ausländischen Kollegen sei die Lage in ihren Heimatländern. Da mag sicher subjektiv viel daran sein. Es dürfte jedoch so ohne weiteres weder für jene gelten, die lange hier leben, noch für die Jungen, hier Geborenen. Und vor allem ändert es nichts an der Tatsache, daß es in der BRD über Jahrzehnte hinweg einen politisch rechtlosen Bevölkerungsteil gibt und daß dies die politische Kernfrage ist, die man beheben muß. Da wäre es, so wurde es auch am Rande diskutiert, schon eher nötig zu überlegen, ob man nicht Anstrengungen unternehmen sollte, eine regelrechte Bürgerrechtsbewegung zu starten.

Neben solchen Anmerkungen wie, solche Forderungen seien doch erst „nach der Revolution“ zu verwirklichen (die wie stets zu keiner ernsthaften Debatte sondern höchstens zu

Glaubensbekenntnissen Anlaß geben) wurde noch ein weiterer Punkt in die Diskussion gebracht, der sich mit der Haltung zum Entwurf für ein Niederlassungsrecht der Grünen befaßt. Dabei wurde es leider nicht ganz möglich, klarzustellen, daß — soviel einzelne Punkte usw. es nach in diesem Entwurf zu unterstützen gilt — es als Ziel eines solchen Kampfes nicht darum gehen kann, ein neues, demokratisches Ausländergesetz (und sei es noch so demokratisch) zu schaffen, sondern daß es um die Abschaffung jeglicher Sondergesetze geht (und das eben heißt auch Staatsbürgerschaft, oder, wie es verschiedene KPD-Genossen sagten, eben die volle und allseitige Gleichberechtigung).

Diese Diskussionsveranstaltung hat uns jedenfalls gezeigt, daß es nützlich ist, die Vorstellungen unserer Partei hier nach Kräften in die allgemeine Debatte einzubringen, weil dies schon ein Beitrag dazu sein kann, viel Verwirrung und auch falsche Ansichten, die da existieren, zu beseitigen.

Korrespondenz aus Dortmund

Eine seltsame Diskussion...

Am Donnerstag, dem 26. November, hatte die Dortmunder Ortsgruppe der KPD zu einer Veranstaltung über Ausländerpolitik und die Vorschläge unserer Partei dazu eingeladen.

Gekommen waren rund 50 Personen, womit der Saal voll war. Dabei aber leider recht wenige KPD-Mitglieder, dafür aber doch eine ganze Reihe neuer Interessenten, sowie viele KJDLer und Vertreter einer Reihe von ausländischen Organisationen, vor allem von Revolutionären aus der Türkei.

In der Rede, die auf deutsch und türkisch gehalten wurde, wurden die Positionen der KPD zu dieser Frage dargelegt, vor allem konzentriert auf die Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft. Bei der sich anschließenden — ausgesprochen ausführlichen — Diskussion wurden diese Forderungen nur von einigen spanischen und türkischen Vertretern gutgeheißen, während sich die meisten der türkischen Revolutionäre gegen solche Forderungen aussprachen.

Was dabei erwähnenswert scheint, das sind die Argumente, die dazu vorgebracht wurden. Da gab es, in einer ersten Kategorie, solche Vorwürfe, wie, die Deutschen sollten das den Ausländern überlassen, es fehlen im Entwurf des KPD-Ausländerprogramms Forderungen zur Lage in der Türkei usw. — Kritiken, die zeigen, daß ihre Vertreter entweder die ganze Sache nicht verstanden haben, oder es nicht wollen. Daß es dabei nicht um die Türkei gehen kann (und sei es nur aus dem „bescheidenen Grund“, daß es immer noch zwei Drittel anderer Nationalitäten gibt) erscheint da noch einleuchtend. Aber was soll man von sogenannten Revolutionären halten, die meinen, ihre Sache — oder besser, eben nicht ihre Sache, sondern die der ausländischen Kollegen — ginge „die Deutschen“

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

FRANKFURT

Stammtisch der KPD
Jeden ersten Freitag im Monat, 20.00 Uhr
„Musterklausur“, Eckenheimer Landstraße 43
Der nächste am 7. Dezember,
Thema: „Die geflickte Republik“

WILHELMSHAVEN

Stammtisch der KPD
Jeden 1. Freitag im Monat
„Deutsche Bucht“, Ulmenstraße 17
Am 7. 12.: „Die geflickte Republik“

STUTTGART

Nicaragua Solidarität
Informationsveranstaltung der Kommunistischen Jugend Deutschlands und der Roten Maulwürfe. Mit einer offiziellen Wahlbeobachterin, die gerade aus Nicaragua zurückgekehrt ist und einem Redakteur des Roten Morgen.
Freitag, 7. 12. 84 im „Mitte“, Werkstatt und Kultur, Hohe Straße 9, 7000 Stuttgart 1

SEMINAR

Frauenseminar der KPD am 26./27. 1. 1985:
218 — Geschichte, Wendepolitik, Perspektive
Anmeldung bitte an die Frauenabteilung der KPD, Wellinger Str. 103, 4600 Dortmund. Es wird ein Unkostenbeitrag von ca. 25 DM erhoben.

DORTMUND

„Frauen aus Südafrika berichten“. Informationsveranstaltung im Rahmen einer Rundreise.
Fritz-Henßler-Haus, Innenstadt)
Dienstag, 11. Dezember, 19.30 Uhr
Unterstützt unter anderem von KPD und BWK

BREMEN

Stammtisch der KPD
„Zur geflickten Republik“
Dienstag, 11. Dezember, 20.00 Uhr
Im „Kulturladen“, Halmer Weg 43
Bremen-Gröpelingen

HAMBURG

Diskussionsveranstaltung der GIM
„35 Jahre DDR — ein Grund zum Feiern?“
Podiumsdiskussion mit Vertretern der GIM, der KPD, der Grünen und aus der DDR
Restaurant „Zorba“
Jarrestraße 27
Donnerstag, 13. Dezember, 18.30 Uhr

SAARBRÜCKEN

„Solidarität mit dem Streik der Bergarbeiter in GB“
Es spricht für die NUM Terry Harrison
Montag, 10. Dezember, 19.30 Uhr
Jugendzentrum Försterstraße
Unterstützt wird diese Veranstaltung unter anderem von der KPD

Der DGB und die sandinistischen Gewerkschaften

Unnötige Barrieren für die Solidarität

Eine der erfreulichsten Erscheinungen in der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung der Bundesrepublik, vor allem der Nicaragua-Solidarität, ist das breite Engagement von Gewerkschaften. Die DGB-Jugend vor allem, aber auch viele andere beteiligen sich aktiv als Mitglieder der verschiedenen DGB-Organisationen an der Solidaritätsarbeit mit Nicaragua. Die DGB-Jugend-Kampagne „Werkzeug für Nicaragua“ ist nicht nur das bekannteste, sondern auch das erfolgreichste Projekt innerhalb der Gewerkschaften.

Über 700 000 Mark sind schon für eine Lehrwerkstatt im Süden Nicaraguas zusammengekommen. Und es ist zu begrüßen, wenn Gewerkschafter, wie der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Ernst Eisenmann, auf einer Kundgebung der Friedensbewegung für die IG Metall folgendes sagt: „Der Bundeskanzler, den wir als Verantwortlichen dieser Politik gegenwärtig zu ertragen haben, zählt bei dieser Arbeitsteilung innerhalb der NATO bereits Mittelamerika zu den Gebieten, die unsere Sicherheitsinter-

essen berühren, von Südafrika und dem Mittleren Osten gar nicht zu reden. Was heißt denn dies für uns als Gewerkschaften und Friedensbewegung?

• Daß wir nicht nur die bundesdeutsche Finanz- und Waffenhilfe für das Terror-Regime in der Türkei bekämpfen müssen,

• sondern daß die Solidaritätsarbeit mit den Freiheitsbewegungen in der dritten Welt fester Bestandteil unserer Friedensarbeit werden muß.

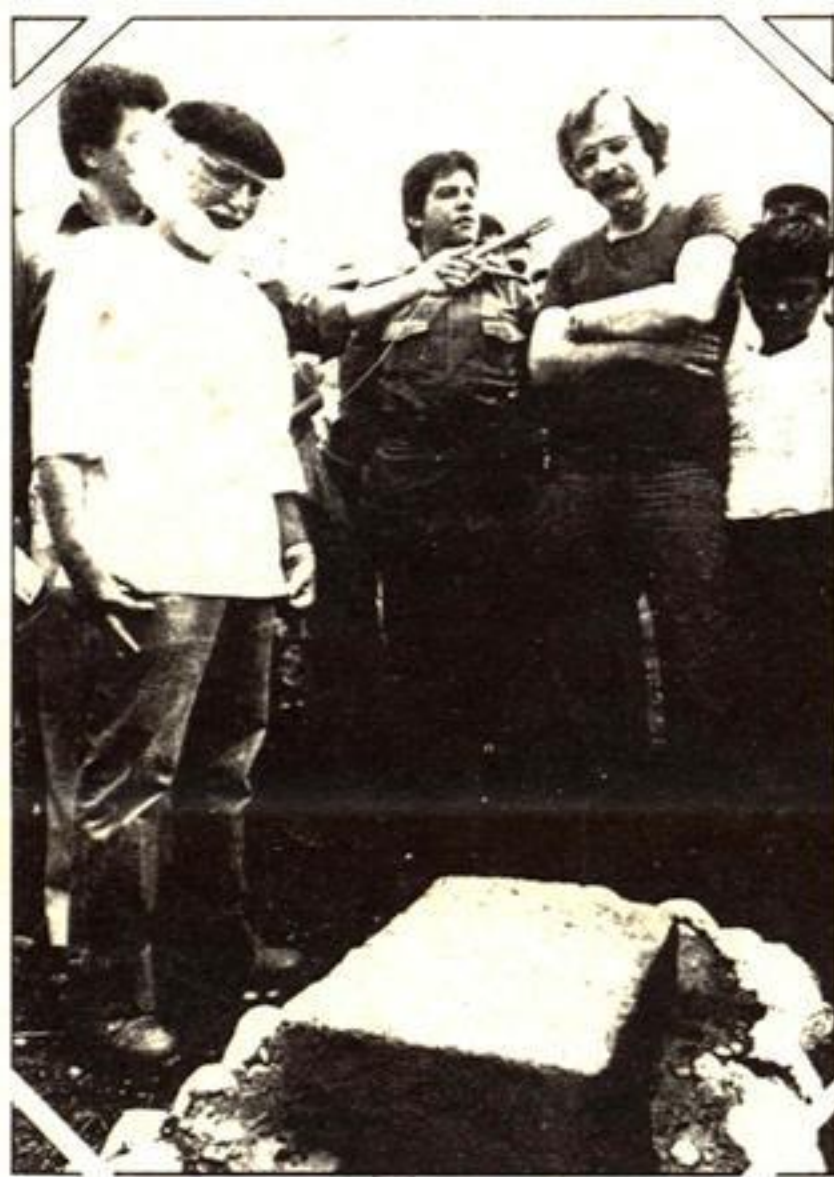
Gerade weil offenbar die generalstabsmäßige Vorbereitung eines Überfalls bereits abgeschlos-

sen ist, wiederholen wir heute unsere Forderung an die Adresse der US-Regierung und ihrer bundesdeutschen Polit-Lobby: Hände weg von der Befreiungsbewegung El Salvadors! Hände weg von Nicaragua! (Ernst Eisenmann, bei der Demonstration der Friedensbewegung in Stuttgart, Oktober 1984). Derlei positive Aussagen gibt es nicht nur von Einzelpersonen, immer öfter finden sie auch Eingang in Beschlüsse und Resolutionen gewerkschaftlicher Organisationen und Gremien.

Zu den Freiheitsbewegungen, mit denen fest zusammengearbeitet werden müsse, wie Ernst Eisenmann sich ausdrückt, zählen doch sicherlich die sandinistischen Gewerkschaften, die anerkannterweise Bedeutendes für den Aufbau des freien Nicaraguas geleistet haben. Es gibt eine solche Zusammenarbeit aber nicht. Die enormen Gelder, die zum Beispiel von der DGB-Jugend-Kampagne „Werkzeug für Nicaragua“ gesammelt werden, gehen nicht etwa an die nicaraguanische Landarbeitergewerkschaft ATC (*Asociación de Trabajadores del Campo*), die die Ausbildung in der Schule durchführt und leitet, die über die von der DGB-Jugend gesammelten Gelder gebaut und weiter finanziert wird. Träger des Projektes in Nicaragua ist das nicaraguanische Kultusministerium. Kontakte — zumindest offizielle Kontakte — zu sandinistischen Gewerkschaften gibt es nicht. Gewerkschafter im hessischen Dietzenbach, die schon lange und mit großem Erfolg Solidaritätsarbeit mit Nicaragua leisten, haben eigens einen Verein, den Verein „Monimbo“ gegründet, weil von Gewerkschaft zu Gewerkschaft nichts läuft. Was steckt dahinter?

IBFG verhindert Zusammenarbeit

Die Hintergründe erhellen sich, wenn man sie auf der Grundlage der bestehenden Spaltung der Weltgewerkschaftsbewegung betrachtet. Nach dem zweiten Weltkrieg bildeten sich zwei große Organisationen, Zusammenschlüsse heraus: dem vom moskau-treuen, revisionistischen Kräften beherrschten Weltgewerkschaftsbund, steht der stramm antikommunistische Bund Freier Gewerkschaften, IBFG, gegenüber. Die Mitgliedschaft in einer dieser Organisationen schließt nicht nur die Mitgliedschaft in einer anderen Organisation aus, sie regelt auch, zu welchen Organisationen man überhaupt Beziehungen aufnehmen darf. Es gibt zwar einige Ausnahmen (auf eine, die die GEW betrifft, kommen wir noch) aber die Regel ist, daß Beziehungen zu Gewerkschaften in anderen Ländern nur aufgenommen werden dürfen, wenn diese auch Mitglied des Zusammenschlusses sind. In diesem Falle — der DGB ist Mitglied des IBFG — ist die einzige Mitgliedsgewerkschaft aus Nicaragua die CUS, die *Confederación de Unidad Sindical*.



Grundsteinlegung für das Ausbildungszentrum „Donald Guevara“ in Solentiname. Der Kultusminister Nicaraguas, Ernesto Cardenal (links) mit Dieter Eich von der DGB-Jugend. Im Hintergrund Jaime Wheelock, Commandante der Revolution und für die Agrarreform zuständiges Regierungsmitglied. Das Ausbildungszentrum wird von der Landarbeitergewerkschaft ATC geführt, zu der es aber vom DGB her keinerlei Beziehungen gibt. Unten: Die Baustelle auf Solentiname, Bilder aus „Solidarität“, Monatszeitung für gewerkschaftliche Jugendarbeit Nr. 8/9 1982.



Was ist die CUS?

Gewerkschaften sind in Nicaragua nicht erst mit der Befreiung von der Somoza-Diktatur entstanden. Vor allem linke, kommunistische Kräfte haben schon lange Arbeiterorganisationen aufgebaut und sie stellen auch heute noch die erfahrensten Arbeiterführer Nicaraguas. Neben diesen, lange Zeit sehr illegalen Organisationen gab es auch schon unter Somoza legale Gewerkschaften. Eine davon war die CUS. Gegründet

wurde sie unter starker Beteiligung des US-Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO (*American Federation of Labour-Council of Industrial Organizations*). Der AFL-CIO stellt im IBFG eine ziemlich große Macht dar und er „betreut“ Süd- und Mittelamerika. Der CIA-„Aussteiger“ Philipp Agee schreibt dazu in seinem Buch „CIA gegen El Salvador“, daß diese Art von Gewerkschaftsgründungen in Lateinamerika über CIA-Tarnorganisationen gelaufen sind. Und das vornehmliche Ziel hatten,

regionale Arbeiterbewegungen zu spalten. Kleine Gewerkschaftsgruppen, die dem Unternehmerverband Robelos nahestanden, einem Konkurrenten Somozas, der sich gegen den Diktator stellte, unterstützten ebenfalls die Gründung der CUS. Robelo im übrigen, hat nur kurze Zeit nach der Revolution noch „mitgemacht“, heute ist er prominenter Kämpfer der Contra-Organisation ARDE, die von Costa Rica aus gegen Nicaragua kämpft.

Die CUS hat seit ihrer Gründung ihre hauptsächliche Mitgliedschaft immer aus Dienstleistungsbereichen gewonnen. Die Angestellten der Telekommunikationsgesellschaft und der Fluglinie, die früher Somoza gehörte, und Hotelpersonal stellten und stellen heute noch den Großteil der in der CUS Organisierten. Die CUS verfügt heute über 19 Betriebsorganisationen und vertritt rund 1,8 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Nicaraguas. Im Vergleich dazu: Die sandinistische CST (*Central Sindinista de Trabajadores*) vertritt 82 Prozent der Arbeiter und Angestellten aus fast 400 Betriebsorganisationen. Auf dem Land hat die sandinistische ATC, die Landarbeitergewerkschaft schon den Charakter einer Einheitsgewerkschaft, die CUS hat hier nur versprengte Einzelmittglieder.

Die Gründungsgeschichte, die soziale Zusammensetzung (Dienstleistungsbereiche haben unter Somoza immer stark von der traditionellen Korruption profitiert und waren weniger von der Unterdrückung betroffen) und die zahlenmäßige Stärke machen deutlich, daß wir es bei der CUS weder mit einer besonders kämpferischen, fortschrittlichen, noch mit einer quantitativ relevanten gewerkschaftlichen Vertretung zu tun haben. Das Bild der CUS wäre aber unvollständig, würde man nicht noch die Haltung dieser Mitgliedsgewerkschaft des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften zu den vergangenen Wahlen in Nicaragua erläutern.

CONTRA-Gewerkschaft?

Zusammen mit den Parteien der äußersten Rechten und dem nicaraguanischen Unternehmerverband COSEP (*Consejo Superior de la Empresa Privada*) hat sich die CUS zur *Coordinadora Democrática*, der Demokratischen Koordination zusammengeschlossen. Die Ko-

ordination hat auf Anweisung aus Washington die Wahlen boykottiert. Ziel der Boykottkampagne war es, den demokratischen Prozeß in Nicaragua zu diskreditieren, die Wahlen als Farce darzustellen, Nicaragua zu isolieren. Man kann getrost sagen, daß die in der Koordination zusammengeschlossenen Kräfte der politische Arm der bewaffneten Contra-Banden sind. Ihr Ziel haben die Rechten nicht erreicht, wie aber trotzdem mit der CUS über den IBFG Politik gemacht wird, zeigt die folgende Episode. Im Rahmen der Boykottdiskussion der *Coordinadora Democrática* gab es heftige Auseinandersetzungen innerhalb der CUS, sogar von Spaltungstendenzen wird berichtet. Im Verlauf dieser innerorganisatorischen Kämpfe wurde das Büro der CUS besetzt, was wiederum die sandinistische Polizei zum Eingreifen veranlaßte. Diese Geschichte hat jetzt der IBFG zum Anlaß genommen, um beim internationalen Arbeitsamt (ILO) in Genf Klage gegen die nicaraguanische Regierung einzureichen, weil sie Gewerkschaftsfreiheit nicht garantiere ...

Und der DGB?

Nun wäre es sehr einfach, dem DGB als einem zahlungskräftigen und somit mächtigen Mitglied des IBFG vorzuwerfen, er unterstütze indirekt diese „gelbe“ reaktionäre Gewerkschaft CUS in Nicaragua. Ganz falsch ist es sicherlich nicht, aber in der Hauptsache zeichnet sich die Abteilung „Internationales“ beim DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf durch totale Untätigkeit aus (wie, nebenbei, auch zu anderen internationalen Fragen). Offensichtlich akzeptiert man in Düsseldorf die vom AFL-CIO ausgegebene Lösung der Arbeitsteilung: Amerika den Amerikanern.

Gerechterweise muß man anmerken, daß den Kräften im DGB, die aktiv für Nicaragua eintreten, auch kaum Steine in den Weg gelegt werden. Die Organisation großer Solidaritätskonzerte, jetzt die Produktion einer Schallplatte für Nicaragua durch die DGB-Jugend „gehen“ ebenso „durch“ wie viele Resolutionen und Beschlüsse, die sich weitgehend mit den politischen Zielen der nicaraguanischen Revolution identifizieren. Sogar der „Alleingang“ der GEW (*Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*) wird bisher geduldet. Vorbildlich hat sich diese Einzelgewerkschaft des DGB in Sachen Nicaragua verhalten. Nachahmenswert ist ihr Vorgehen sicherlich für andere Gewerkschaften, in denen die Nicaragua-Solidarität ein viel diskutiertes Thema ist.

Die GEW macht's vor

Vorausgeschickt werden muß, daß innerhalb der GEW die Nicaragua-Solidarität schon lange ein großes Thema ist. Auf dem letzten Kongreß der GEW war dann eine Position mehrheitsfähig, die offizielle Beziehungen zur nicaraguanischen Lehrergewerkschaft ANDEN beschloß. Trotz zunächst heftiger Proteste von Seiten des DGB ist bis heute nichts passiert: Die GEW hat Beziehungen zur ANDEN und ist trotzdem weiter Mitglied im IVFL (Internationaler Verband Freier Lehrergewerkschaften) der dem IBFG angegliedert ist. Im Frühjahr 1984 besuchte eine offizielle Delegation der ANDEN die GEW hier in der Bundesrepu-

blik, im kommenden Frühjahr wird eine GEW-Delegation Nicaragua und die dortige Lehrergewerkschaft offiziell besuchen. Es geht also — westdeutsche Gewerkschaften können Beziehungen zu sandinistischen Gewerkschaften aufnehmen, ohne einen Riesenkrach oder gar eine Spaltung des IBFG zu provozieren. Nicht zuletzt werden sich die Fachverbände des IBFG hüten, gerade die „reichen“ DGB-Gewerkschaften zu maßregeln. Man denke nur an die Macht und den Einfluß der IG Metall innerhalb des Internationalen Metallarbeiterverbandes und kann sich sicher sein, daß es der IGM sehr wohl möglich sein mußte, offizielle Kontakte nach Nicaragua aufzunehmen, ohne einen — von IGM, bzw. DGB-Führung sicher nicht gewollten — Rauschmiß aus dem IBFG zu riskieren. Unabhängig davon, wie man zur Mitgliedschaft im IBFG steht, ist dies trotz „geltender Regeln“ offensichtlich nicht der Punkt, der Kontakte zu den sandinistischen Gewerkschaften unmöglich macht.

Die sandinistischen Gewerkschaften

In den Verfahren vor der Internationalen Arbeitsbehörde in Genf, die vom IBFG angestrengt werden, wird die Regierung Nicaraguas immer wieder angeklagt, sich „Staatsgewerkschaften zu halten“. Weil die sandinistische CST die Ziele und die Politik der Regierung vollständig unterstützt, wird ihnen praktisch jegliche Selbstständigkeit, das Etikett einer „Freien Gewerkschaft“ abgesprochen. Nun sind die sandinistischen Gewerkschaften ihrem eigenen Verständnis nach ja auch Richtungsgewerkschaften. Sie verstehen sich als Massenorganisationen der FSLN (*Frente Sandinista de Liberación Nacional*), die die Politik der Frente unter den Arbeitern und mit ihnen durchsetzen will.

Neben der CUS, politisch rechts von der CST, gibt es auch noch linke gewerkschaftliche Organisationen in Nicaragua. Die einflussreichsten sind wohl die *Frente Obrero*, (FO), die von der Marxistisch-Leninistischen Bewegung der Voksaktion (MAP-ML) geführt wird und die CAUS (*Central de Accion y Unidad Sindical Nicaragua*) (Nicaraguanische Gewerkschaftskoordination, CNS) zusammengefallen, ist die CUS dem Dachverband nie beigetreten. Daß dieser rechte Außenseiter aus Nicaragua nun die „Bruderorganisation“ der DGB-Gewerkschaften sein soll und die anderen — ungeachtet aller Differenzen — praktisch unter einen „internationalen Unvereinbarkeitsbeschuß“ fallen, ist ein Unding. Eine Angelegenheit, die, wenn sie nicht bald durch praktische Schritte aus der Welt geschaffen ist, den totalen Bankrott der internationalistischen Politik des DGB beweisen würde.

Quellen: Der Kampf hat viele Gesichter, Gewerkschaften in Nicaragua, El Salvador und Guatemala, Edition Nahua, Wuppertal 1982. Lateinamerika-Nachrichten Nr. 131, S. 14 ff.

Demnächst im RM: Strelkverbot zur Rettung der Revolution? Eine Auseinandersetzung über die Gewerkschaftspolitik der Frente Sandinista de Liberación Nacional.

England

Num-Vermögen beschlagnahmt

In zweiter Instanz ist jetzt in England ein Urteil bestätigt worden, das den Präsidenten der Bergarbeitergewerkschaft NUM und seinen Stellvertreter als Treuhänder des Gewerkschaftsvermögens absetzt, und einen Rechtsanwalt als „Konkursverwalter“ einsetzt. Praktisch dürften jetzt Arthur Scargill und sein Stellvertreter keinen Scheck mehr einlösen, nicht mal ein Telefongespräch führen, ohne den „Konkursverwalter“ zu fragen. Der hat zur Zeit aber andere Sorgen. Das beschlagnahmte Gewerkschaftsvermögen ist gar nicht vorhanden. Die Gerichte versuchen jetzt, bei einer Bank in Luxemburg an die Gelder zu kommen. Nach neun Monaten Streik ist das ein weiterer Versuch der Staatsgewalt, die Bergarbeiter in die Knie zu zwingen. Die Bergarbeitergewerkschaft hat nach diesem Urteil Delegierte zu einer Sonderkonferenz eingeladen, deren Ergebnis bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt war.

Spanien

NATO — Nein Neutralität

Nach der zentralen Anti-NATO-Demo von Madrid im Juni dieses Jahres haben die spanische Friedensbewegung und verschiedene politische Parteien mit Aktionen im ganzen Land

erneut den Protest gegen die Einbindung Spaniens in die NATO demonstriert. In Madrid, Valencia, Barcelona, Cadix und anderen Städten, insgesamt 20, gingen viele hunderttausend Menschen auf die Straße. Eine 2,5 Kilometer lange Menschenkette in Madrid malte auf eine der Hauptstraßen die Parole: „NATO nein — Basen raus — Neutralität“. Obwohl die spanische Regierung so tut, als sei sie lediglich in den poli-



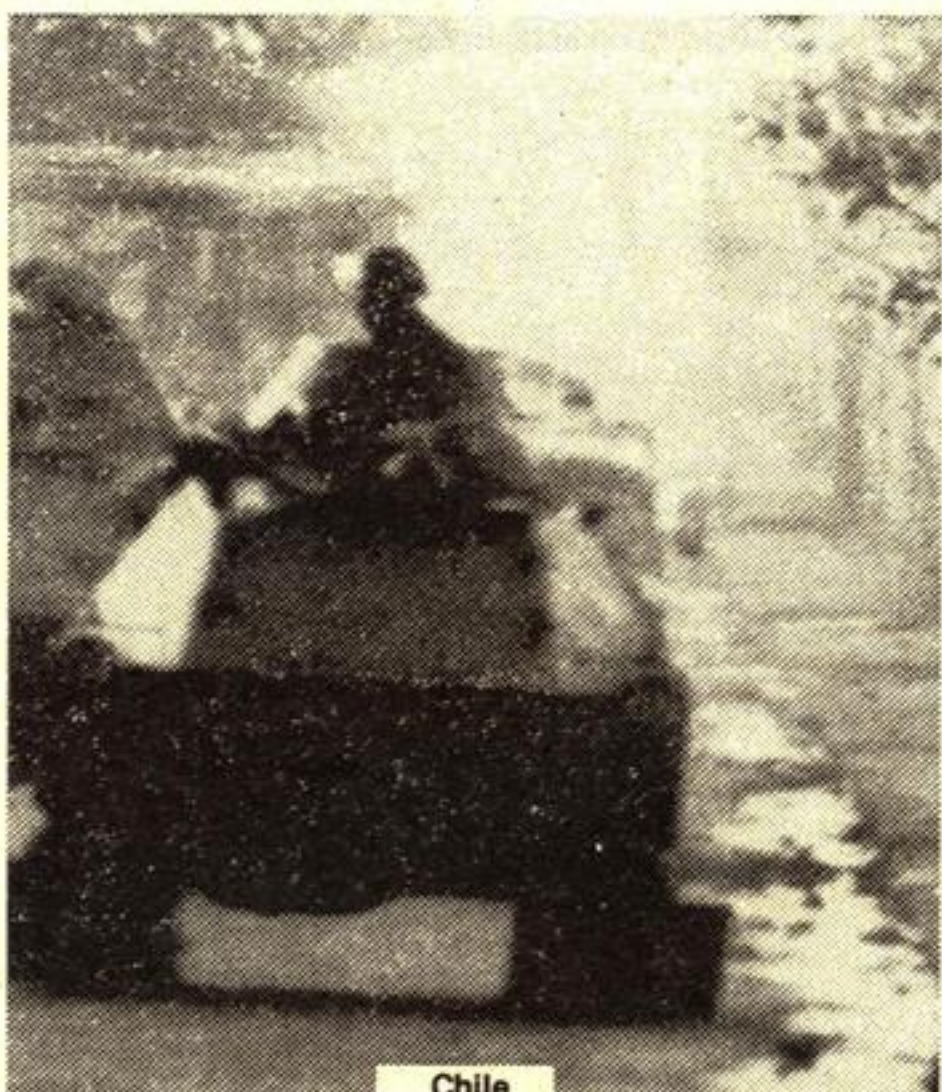
tischen Gremien der NATO präsent, war sie noch am Wochenende der Demonstrationen in Brüssel beim NATO-Komitee für Verteidigungspläne präsent und der spanische Generalstab beim NATO-Militärkomitee. Die erneut großen Demonstrationen zeigen die Stärke und die Ausdauer der spanischen Friedensbewegung, die sich vor allem gegen die NATO wendet.

Meldungen

Chile

Totale Mobilmachung

Nachdem die chilenische Militärgesellschaft trotz Belagerungszustand, Ausgangssperre, Pressezensur und wilden Terroraktionen auch am 12. Nationalen Protesttag nicht verhindern konnte, daß das Volk auf die Straßen ging und den Sturz der Diktatur forderte, hat die Junta



Chile

jetzt die totale Mobilmachung angeordnet. Als wenn das Land in einen großen Krieg ziehen mußte, wurden jetzt die Reservisten der Armee, der Marine und der Luftwaffe einberufen. Die Diktatur begründete diesen Schritt mit dem Erfordernis, mehr Kräfte für die Niederschlagung der Unruhen zu brauchen. Erstmals wurden in Chile auch Frauen zum zweijährigen Wehrdienst in Heer, Marine und Luftwaffe einberufen. Eine

Meldungen

Kriegserklärung an das eigene Volk nannte dieses Vorgehen Hortensia Allende, die Witwe des 1973 ermordeten Präsidenten, die Politik der Junta. Frau Allende sagte in Mexico-City, die Junta könne sich nur noch durch die Kraft der Gewehre an der Macht halten.

El Salvador

Verhandlungen gescheitert

Am vergangenen Freitag ist in der Nähe der Hauptstadt von El Salvador das zweite Gespräch der Befreiungsbewegung El Salvadors mit Vertretern der Regierung Duarte ergebnislos zu Ende gegangen. Zwar wurde für den Zeitraum vom 22. Dezember bis 3. Januar eine Feuerpause vereinbart, aber Fortschritte für die Lösung des politischen und sozialen Konfliktes im Lande gab es nicht. Die Vertreter der Befreiungsfront FMNL und der politischen Organisation FDR hatten der Regierung einen Drei-Stufen-Plan vorgelegt, der auf die Bildung einer Regierung der nationalen Versöhnung abzielt und in freie Wahlen in El Salvador enden soll. Schon kurz nach Beendigung der Gespräche kam vom Präsidenten Duarte ein knallhartes Nein zu den Vorstellungen von FMNL und FDR. Ein neuer Verhandlungstermin ist nicht vereinbart worden. Der Kampf der Befreiungsfront geht weiter.

Sri Lanka

Neue Unruhen

Auf Sri Lanka wächst die Gefahr des erneuten Aufflammens eines Bürgerkrieges zwischen den Volksgruppen der Tamilen und der singhalesischen Bevölkerung. Die Tamilen waren schon einmal Opfer einer Hetz- und Mordkampagne gewesen. Nachdem es längere Zeit um diese Minderheit auf der Insel ruhig gewesen war, haben jetzt Guerilla-Aktionen der Tamilen zu einer neuen Verschärfung geführt. Die Tamilen, die für einen unabhängigen Staat eintreten, leben vor allem im Norden des Landes. Die Regierung in Colombo hat jetzt die Waffen an die singhalesische Bevölkerung ausgeteilt und hat verstärkt Truppen und Polizeieinheiten in das von Tamilen bewohnte Gebiet entsandt. Verstärkt wurden auch Reservisten einberufen, was darauf hindeutete, daß man sich auf größere Auseinandersetzungen vorbereitete.

Eine wahnsinnige antialbanische Kampagne wird gegenwärtig in der jugoslawischen Propaganda entfacht. Verschiedene Bücher kommen nacheinander heraus, in denen ihre chauvinistischen und antikommunistischen Autoren miteinander wetteifern, wer die größten Verleumdungen verbreitet und wer das sozialistische Albanien am skrupellosesten verleumdet. Es vergeht kein Tag, an dem die jugoslawischen Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunksender und Fernsehstationen nicht ein antialbanisches Pamphlet bringen, ein eigenes oder auch entliehenes.

Gleichmaßen gibt es keine Versammlung, kein politisches Treffen, auf dem nicht hohe oder untere Vertreter Albanien wegen dieser oder jener Sache attackieren. Belgrad ist das Zentrum der antialbanischen Desinformation geworden, die Quelle, der die Gerüchte und Hirngespinnste gegen Albanien entspringen. Bei jedem Schritt Albanien auf dem Felde internationaler Beziehungen werden die Belgrader Gelegenheit finden, ihre speziellen verdrehten und übelgesinnten Interpretationen anzubringen.

In die antialbanischen Angriffe fügt sich das Ausschlagen der Nichtunterzeichnung der Vereinbarung über das Kulturaustauschprogramm zwischen Albanien und Jugoslawien, wofür die Belgrader selbst verantwortlich sind. Mit dieser Kampagne wird das Ziel der Jugoslawen völlig klar, die Gespräche nicht für eine Vereinbarung zu führen, sondern für Propagandazwecke zu nutzen. Aber Tatsachen bleiben Tatsachen, und keine Propaganda kann sie ignorieren.

Seit langer Zeit und auch heute behaupten die jugoslawischen Führer, daß Albanien Kulturaustausch ausschließlich mit Kosova haben will. Das ist nicht wahr. Sie in Belgrad haben den albanischen Vorschlag für das Abkommen und mögen ihn

In diesen Tagen, da das sozialistische Albanien den 40. Jahrestag der Befreiung feiert, kann es auch auf eine wachsende Zahl internationaler Beziehungen und weltweiter Kontakte blicken. Nur mit dem direkten Nachbarn, mit Jugoslawien, gibt es weiterhin große Probleme. In Jugoslawien, wo in der Provinz Kossova viele Albaner leben, wütet der Terror gegen diese Volksgruppe. Trotzdem waren die Albaner immer zu Verhand-

lungen über die Verbesserung der Beziehungen bereit. Zuletzt wurden Verhandlungen über ein Kulturabkommen zwischen Albanien und Jugoslawien geführt. Anfang Oktober wurden diese ergebnislos abgebrochen. Eine Woche später, am 13. Oktober, erschien in der albanischen Zeitung „Zëri i Popullit“ der folgende Artikel, der die Hintergründe und Zusammenhänge beleuchtete. Er war überschrieben:

Die Antialbanische Politik der jugoslawischen Führer — eine mißlungene Politik

veröffentlichen. Aber der albanische Vorschlag wird enthüllen, daß unser Land eintritt für einen intensiven Kulturaustausch zwischen akademischen Institutionen von Albanien mit denen der föderativen Republiken und autonomen Gebieten der SFR Jugoslawien ohne jede Ausnahme. Die Jugoslawen wenden diese Praxis der Verbindung zwischen Institutionen der Republiken und Regionen mit Institutionen anderer Länder in breitem Maße an. Das beleuchten die Abkommen zwischen Jugoslawien und anderen Ländern. Jeder kann diese Tatsache überprüfen, denn die Abkommen sind veröffentlicht.

Aber warum wollen die jugoslawischen Führer kein solches Verfahren mit Albanien anwenden? Die Antwort ist einfach. Ihr Ziel ist, Kosova vom Kulturaustausch mit Albanien zu isolieren, die Kosovaren von ihren geschichtlichen Quellen ihrer Kultur abzuschneiden, den nationalen Charakter der Kultur der albanischen Bevölkerung in Kosova auszulöschen.

Wir glauben nicht, daß die jugoslawische Führung besorgt ist, wenn ein albanisches Folklorensemble in Slowenien oder der Wojwodina auftritt, oder wegen des Auftritts einer kroatischen oder bosnischen Folkloregruppe in Albanien. Aber weil sie eine Politik des kulturellen Genozids (= Völkermord d.Ü.) in Kosova und anderen von Albanern bewohnten Regionen verfolgen, reicht ein Lied aus der albanischen Folklore, die

jugoslawischen Führer aufzubringen.

Es mag absurd erscheinen, wie die jugoslawische Seite darauf besteht, daß der Begriff „das autonome sozialistische Gebiet Kosova“ in keinerlei Form und Zusammenhang in dem Kulturaustauschprogramm erwähnt werden soll. Aber diese Haltung ist weder zufällig noch absurd. Gegenwärtig wurde in Jugoslawien mit der Durchführung von Verfahren begonnen, in den föderativen Versammlungen und den serbischen Republiken die Autonomie Kosovas einzuziehen, und die Großserben präsentieren in der Presse und auf öffentlichen Versammlungen Forderungen, die Autonomie Kosovas aufzuheben, und die Kosovaren aller Rechte zu entziehen, die sie bisher genießen konnten: wie z.B. Gebrauch der albanischen Sprache als politische und amtliche Verkehrssprache, das Tragen der albanischen Nationalflagge, die Einstellung auf der Grundlage der Nationalitätenstruktur in Kosova, Vorlesungen in albanischer Sprache an der Universität von Kosova und viele andere.

Seit mehr als drei Jahren laufen die chauvinistischen Gerichte Amok in Kosova. Tausende von Albanern wurden eingekerkert. Die Anschuldigungen unterscheiden sich, aber sie werden wegen desselben Fehlers verurteilt, nämlich weil sie Albaner sind. Die Großserben in Kosova brauchen die Terrorisierung der albanischen Bevölkerung, nationale Unter-

drückung und koloniale Plünderung. Deshalb werden sie Gründe und Anschuldigungen finden, das Volk zu verurteilen, genau wie die Unterdrücker und Herrscher sie noch zu jeder Zeit in jedem Land gefunden haben.

Die albanische Seite ging nach Belgrad mit dem ersten Wunsch, eine Vereinbarung zu erreichen, die dazu dienen würde, mit den geistigen Werten und kulturellen Schätzen der Völker beider Länder vertraut zu werden, die der Verbesserung der Beziehungen zwischen Albanien und Jugoslawien dienen würde und der Stärkung des Geistes guter Nachbarschaft auf dem Balkan. Demgegenüber ging die jugoslawische Seite dorthin, um neue Vorwände zu finden, Albanien anzugreifen und zu verleumden.

Die jugoslawische Haltung war nicht nur vom Widerstand geprägt, sondern auch gleichermaßen provozierend. Sie erfanden ein nichtexistentes mazedonisches Problem in Albanien und versuchten, es durch ein einfaches Kulturaustauschprogramm Albanien aufzudrängen.

Die Probleme nationaler Minderheiten in Albanien sind in Albanien durch die Verfassung und andere grundlegende Gesetze gelöst. Sie genießen alle Rechte wie jeder Albaner. Die in Belgrad wissen das auch, aber sie wollen sagen, daß es angeblich ein analoges Problem mit der slawischen Bevölkerung in Albanien gibt, wie das mit der albanischen Bevölkerung in

Kosova und anderen Gebieten Jugoslawiens, die von Albanern bewohnt werden. Aber es gibt keine Analogie, weder inhaltlich noch formal. Hier soll ausreichen, die Tatsachen zu erwähnen, daß es, während über 2 Millionen Albaner in Jugoslawien leben, nach der letzten Volkszählung vom 7. Januar 1979 4163 Einwohner slawischer Nationalität (in Albanien d.Ü.) gibt.

Dies sind Tatsachen. Was nun die Bewahrung der Sprache angeht und andere Rechte der slawischen Minderheit, bringen wir hier die Wertschätzung eines Zeugen von hohem offiziellen Rang, nämlich Bllagoje Popov, ehemaliger Vorsitzender des Exekutivrates der Republik Mazedonien. Während eines Albanienbesuchs im Oktober 1980 fuhr er nach Prespa im Bezirk Korça, wo es Dörfer mit slawischer Bevölkerung gibt, sah dort die Aufführung der Folkloregruppe der vereinten LPG und besuchte Häuser einiger Dorfbewohner. Während dieses Besuchs brachte Popov verschiedene Male sein Wohlgefallen zum Ausdruck über das, was er dort sah und hörte. Er sagte, daß „die Rechte der Minorität nicht nur verfassungsmäßig verankert sind, sondern in der Praxis verwirklicht werden... Ich hatte von der Entwicklung und dem Fortschritt Albaniens gehört, von den Rechten, die die Mazedonier in Albanien genießen, aber mit meinem Besuch hier hatte ich Gelegenheit, das, was ich gehört hatte, zu über-

prüfen. So weit ich beobachten konnte, werden diese Dörfer von Mazedoniern allein bewohnt und keine anderen Einwohner sind dorthin geschickt worden. Die Einwohner des Prespa-Gebietes sprechen die mazedonische Sprache gut. Darüber hinaus werden keine Versuche gemacht, die mazedonische Sprache zu vergessen oder zu ignorieren.“

Wie Belgrads „Politika“ vom 6. Nov. 1980 schrieb, informierte er die Versammlung Mazedoniens ebenfalls über seinen Besuch und seine Eindrücke.

Albanien unterhält Kulturbeziehungen mit einer großen Anzahl von Ländern, mit benachbarten und weit entfernten. Deshalb gibt es keinen Grund, solche Beziehungen mit Jugoslawien nicht zu haben. Aber Albanien wird Jugoslawien niemals erlauben, sich durch kulturelle oder irgendwelche anderen Beziehungen in seine inneren Angelegenheiten einzumischen oder nicht existierende Probleme zu schaffen.

Wenn jene in Belgrad ihre obstruktive Haltung und ihre absurden Ansprüche aufgeben, sind wir bereit, zu verhandeln und eine gleichberechtigte und ernsthafte kulturelle Zusammenarbeit auf allen Gebieten gegenseitigen Interesses zu vereinbaren.

Das sozialistische Albanien hat sich nicht und wird sich niemals jugoslawischem Druck unterwerfen. Unsere Beziehungen mit Jugoslawien hängen ab und werden immer abhängen von deren Haltung gegenüber Albanien. Und sie können verbessert und entwickelt werden, wenn die Belgrader Führung auf die kurzfristige antialbanische Politik verzichtet und versuchen wird, Beziehungen herzustellen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der gegenseitigen Achtung und im Geiste guter Nachbarschaft.

WAFFEN FÜR EL SALVADOR
„Waffen für El Salvador“.
Spendet auf das Konto:
Postscheck Berlin West,
28 859-107 Sonderkonto,
Bankleitzahl 100 100 10,
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V., 1000
Berlin 65.

Geschenktips für Weihnachten

Heinrich Mann Lidice

Im Aufbau-Verlag Berlin und Weimar ist in diesem Herbst ein Buch erschienen, das 40 Jahre in irgendwelchen Archiven lag, obwohl es von einem der größten antifaschistischen Schriftsteller, dem Humanisten Heinrich Mann stammt. Das Buch wurde solange nicht herausgebracht, weil es von Anfang an — selbst beim Autor sehr umstritten war. Worum geht es? Heinrich Mann, der 1940 aus seinem europäischen Exil in die USA gegangen war, hörte dort von dem Nazi-Massaker von Lidice. Am 10. Juni 1943 hatten die nationalsozialistischen Okkupanten in der Tschechoslowakei die vollständige Liquidierung der Bergarbeitersiedlung Lidice bekanntgegeben. Dieser Racheakt folgte auf das Prager Attentat vom 27. Mai, bei dem Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes und „Reichsprotector in Böhmen und Mähren“ durch eine Bombenexplosion beseitigt worden war. Heinrich Mann, der der Tschechoslowakei eng verbunden war, sie hatte dem von den Nazis ausgebürgerten Dichter 1936 die Staatsbürgerschaft verliehen, damit er im Exil nicht staatenlos sei, ging sofort an die Arbeit, er schrieb ein Buch zu Lidice. Der Verlag „Alemania libre in Mexico“, der von politischen Flüchtlingen aus Deutschland aufgebaut war, und bei dem so renommierte Autoren wie Anna Seghers, Ludwig Renn, Egon Erwin Kisch oder Paul Merker arbeiteten, bemühte sich sofort um das Buch. Als das Manuskript in Mexico-City ankam, herrschte Ratlosigkeit: Heinrich Mann hatte zu Lidice einen satirischen Dialogroman geschrieben, fast eine Schwejkade, die Geschichte vom listig volkstümlichen Helden, der Heydrich soweit bringt, daß ihn seine eigene SS umbringt. Es ist bis heute nicht klar, welche Informationen Heinrich Mann hatte über das Geschehen von Lidice, als er an die Niederschrift des Romans ging. Klar war den Verlagsmitarbeitern in Mexico, daß dieses Buch Mißverständnisse hervorrufen könnte. So begann ein Diskussionsprozeß zwischen Heinrich Mann und Paul Merker. Ludwig

Renn, Anna Seghers, Egon Erwin Kisch und anderen. Heinrich Mann überarbeitete das Buch stark, die erste in Mexico erschienene deutschsprachige Ausgabe blieb aber die einzige Ausgabe. Jetzt liegt sie wieder vor, mit einer ausführlichen Geschichte des Buches, der Dokumentation der Diskussionen mit Heinrich Mann und allen geänderten Textstellen in der Urfassung. So ist in dem preiswerten Bändchen weit mehr zu lesen als die umstrittene „Lidice“-Geschichte von Heinrich Mann. Nachzulesen ist, der Ernst und die Intensität der Zusammenarbeit der hauptsächlich kommunistischen Exilanten von Mexico mit dem Vertreter des bürgerlichen Humanismus, der in den USA lebte, und die Besorgnis auch von Heinrich Mann, sein Buch könnte mißverstanden werden. („Bitte“, schrieb er 1948 an einen Freund, „sprechen Sie von „Lidice“ mit Zurückhaltung als von einer Art Geheimnis, und erwähnen Sie es nur in der Biographie, sonst nirgends.“) Gerade auch der Briefwechsel mit Franz Carl Weißkopf, der selbst aus Böhmen stammt, beweist dies. Doch die sorgfältig aufgearbeitete Ausgabe des Aufbau-Verlages macht das Buch heute wieder verständlich, spricht für den großen antifaschistischen Dichter Heinrich Mann, der über den deutschen Faschismus („die schimpflichste der Mächte“) sagte: „Ich war nicht geneigt, der deutschen Tyrannis über Europa entgegenzukommen und sie ernst zu nehmen. Sie ist furchtbar. Sie könnte tödlich sein. Ernst — ist sie nicht. (...) „Lidice“ ist allerdings vom Hohn das Äußerste, was ich konnte.“

Heinrich Mann, **LIDICE**, Roman, Aufbau-Verlag Berlin und Weimar, 1984, 13,80 DM.



Der auf Kuba geborene, in Italien aufgewachsene und jetzt in Paris lebende Autor Italo Calvino wird langsam aber sicher so etwas wie ein „Kultschreiber“. Mit seinen immer neuen phantasiereichen Spielereien mit gängigen Literaturformen, mit dem Versuch, die in der Regel getrennten Ebenen zwischen Schriftsteller und Leser miteinander zu verweben, erreicht er ein immer größer werdendes Publikum, das an den intelli-

genten Spielen, die vielfach auch gelungene Satiren der gängigen Bestsellerliteratur sind, viel Vergnügen findet. Im Deutschen Taschenbuch Verlag ist Calvino's „Das Schloß, darin sich Schicksale kreuzen“ erschienen. Hier sitzt eine seltsame mittelalterliche Versammlung nächtens in einem Schloß beisammen, keiner spricht und doch werden viele geheimnisvolle Geschichten erzählt. Mittels eines alten Tarock-Kartenspiels, das viele Figuren und Symbole darstellt, berichten die Teilnehmer der Versammlung von ihren Erlebnissen und Abenteuern. Die Karten, die neben dem laufenden Text abgebildet sind, werden vom Erzähler interpretiert — klar, daß alles sehr vage bleibt, der Phantasie des Lesers selbst auch andere Möglichkeiten der Interpretation der spannenden Stories bleiben. Calvino's Renner allerdings ist der Wälzer: „Wenn

Italo Calvino:
Das Schloß, darin
sich Schicksale kreuzen
Erzählung



dtv

ein Reisender in einer Winternacht“. Der Klappentext des Buches ist ein Zitat aus den ersten Seiten des umfangreichen Romans: „Du drehst das Buch in den Händen und überfliegst die Sätze auf der Rückseite, auf dem Waschlappen: Allgemeinheiten, die nicht viel besagen. Um so besser, keine Aussage schiebt sich anmaßend-indiskret vor oder über das, was du ihm abpressen mußt, sei es nun viel oder wenig. Und wenn du's recht bedenkst, ist dir's auch lieber so, nämlich etwas von dir zu haben, von dem du noch nicht genau weißt, was es ist.“ Auch nach der Lektüre ist es schwer zu sagen, was das Buch ist: ein intelligenter Roman, eine Literaturspielerei, Satire auf Bestseller, gelungener Dialog mit dem Leser oder gar Veräppelung desselben? Jedenfalls gibt es viele Leute, die nach der Lektüre von „Wenn ein Reisender in einer Winternacht“ sagen: Die sind zu beneiden, die die Lektüre dieses Buches noch vor sich haben. Nicht umsonst ist der Roman einer der „Renner“ der Raubdruckbranche, die das über 30 Mark teure Buch für weniger als die Hälfte des Ladenpreises in hohen Auflagen unter die Leute bringt.

Italo Calvino: **Das Schloß, darin sich die Schicksale kreuzen**, Erzählungen, JtV Taschen-

buch Nr. 10284 und Wenn ein Reisender in einer Winternacht, Carl Hanser Verlag.

the SPECIAL AKA - in the studio



Selten wird ein politisches Lied ein großer internationaler Hit. Der britisch-südafrikanischen Gruppe „Special Aka“ ist es in diesem Jahr mit „Nelson Mandela“ gelungen. Dieser Song über den seit Jahren eingekerkerten Gewerkschaftsführer: „Free Nelson Mandela“ konnte sich in vielen westlichen Hitparaden etablieren. Das war sicherlich kein Beweis für ein besonders gesteigertes politisches Interesse der Hörer, sondern zeigt eher die Meisterschaft der Formation Special Aka, politische Themen zeitgenössisch und erfolgreich unter die Leute zu bringen. Special Aka, bestehend aus Musikern der britischen Avantgarde und Leuten aus Südafrika, bringt alles an Musik, was in London zur Zeit en vogue ist, schafft es aber auch, südafrikanische Rhythmen so einzusetzen, daß sie nicht als folkloristische Fremdkörper in der Musik auftauchen. Themen der LP von Special Aka sind neben dem erwähnten flammenden Appell zur Freilassung Nelson Mandelas Rassismus und Kriegsverbrechen aber auch alltägliche Dinge. Die musikalisch reich besetzte Gruppe, die von Gitarren bis zu Geigen und Trompeten alles perfekt spielt, besticht besonders durch ihre Vokalistin, die allein oder als Chor Erstaunliches bietet. Die Platte, die mit enormen technischem Aufwand produziert wurde, bietet in hörbar außergewöhnlicher Wiedergabequalität vielfältige politische Rockmusik.

The SPECIAL AKA in the Studio 2 Tone Records 206290-620. Zumindest bei 2001 zu bekommen. Preis dort: 16,90 DM.

Isabel Allende Das Geisterhaus Roman Suhrkamp



Das erste Buch der Isabel Allende, einer Verwandten des ermordeten chilenischen Präsidenten Salvador Allende, ist ein großer Wurf geworden. Die Geschichte einer chilenischen Familie der Oberschicht wird mit „Phantasie und Witz, mit Zärtlichkeit und Ironie, mit Ernst



Recht hat er, der Postbote...

... denn jetzt gibt es im RM-Verlag zwei Postkartenserien, die das Schreiben wieder zum Vergnügen machen.



Liebe Grüße gegen die Wende

Postkartenset besteht aus acht tells zweifarbigen Postkarten mit innenpolitischen Motiven. Ansichtskarten aus der verfluchten Republik.



Solidarität mit Nicaragua

Acht tells zweifarbige Karten mit Motiven aus Nicaragua. Bilder, Darstellungen des legendären nicaraguanischen Guerillaführers Augusto César Sandino.

Beide Serien, jeweils acht Karten im Umschlag, sind zum Preis von nur 5,— DM zu bekommen beim

RM-Verlag,
Postfach 300526,
4600 Dortmund 30

und scharfem Blick“ — wie der Verlag es zu Recht beschreibt, erzählt.

Über vier Generationen erstreckt sich der Roman, von der Jahrhundertwende bis heute. Isabel Allende, die Chile nach dem Militärputsch vom 11. September 1973 verließ und heute mit ihrer Familie in Venezuela lebt, vermeidet in ihrem Roman die Ortsangabe Chile. Zwar sind Züge der Geschichte der Familie Allende unverkennbar, die Parallelen zu Chiles Entwicklung deutlich, aber es wird auch klar, daß Chile und Allende kein untypischer Ausnahmefall waren. Die Autorin beschreibt in diesem Buch die Geschichte wie sie sich überall auf dem südlichen Halbkontinent Amerikas abgespielt haben könnte: „Dies ist ein Roman, wie es ihn eigentlich schon gar nicht mehr gibt. Ein

Roman, prall von Geschichte und wohl ausgestattete mit Haupt- und Nebenpersonen, Komparsen, Extras, attrézo (Ausstattung, Gerät, Red.) und einem gewaltigen Szenarium, wo sich abspielt, was Generationen an Problemen, Konflikten und deren Lösungen erleben. Ein Roman, den man mit dem Vergnügen liest, das alles Gutgemachte hervorruft, und mit der Beklemmung, die durch eine unbestreitbar wirksame Erzählweise geschürt wird“, so ein überschwinglicher Kritiker. Der gewaltige Roman, fast 450 engbedruckte Seiten, gehört auch schon zu den beliebtesten Produkten der Raubdrucker, die ihn in einer billigen „Volksausgabe“ nachdrucken.

Isabel Allende, **Das Geisterhaus**, Roman, 443 Seiten, Suhrkamp-Verlag, 39,80 DM.

Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. **Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.**

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 4430 14.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 430709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzloff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

5/UU Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4663966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.